

Inhaltsverzeichnis

1	Direktion und Generalsekretariat	8
1.1	Tätigkeit	8
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	8
1.1.2	Besondere Ereignisse	8
1.2	Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)	10
1.2.1	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	10
1.2.2	Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegelgesetz (FDKL)	10
1.2.3	Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)	10
1.2.4	Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)	10
1.3	Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)	10
1.3.1	Erstinstanzliche Entscheide	10
1.3.2	Instruktion von Beschwerden	11
1.3.3	Haftungsfragen	11
1.4	Gesetzgebung	11
1.4.1	Gesetze und Dekrete	11
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	11
2	Kantonspolizei (KaPo)	12
2.1	Personalbereich	12
2.1.1	Bestand am 31.12.2015	12
2.1.2	Mutation beim Personal	12
2.1.3	Ausbildung und Weiterbildung	12
2.1.4	Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»	13
2.1.5	Arbeitspsychologie	13
2.2	Tätigkeiten der Kantonspolizei	14
2.2.1	Behandelte Geschäfte	14
2.2.2	Verhaftungen	14
2.2.3	Strassenverkehr und Schifffahrt	15
2.2.4	Abkommen bezüglich des Neuenburgersees	15
2.2.5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	16
2.2.6	Betäubungsmittel	17
2.3	Ereignisse im Jahr 2015	18
2.3.1	Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle	18
2.3.2	Unwetter im Kanton Freiburg (Aktion UMBRELLA)	20

2.3.3	Hitzewelle im Kanton Freiburg (Aktion HELIOS)	20
2.3.4	Aktionen im Bereich der Prävention	20
2.4	Besondere Bereiche	21
2.4.1	Fahrende	21
2.4.2	Personenschutz	21
2.4.3	Ausschaffungen	21
2.4.4	Ordnungsdienst	21
2.4.5	Polizeihunde	21
2.4.6	Verkehrserziehung	22
2.4.7	Sektor Kommunikation und Prävention	22
2.4.8	Büro für Waffen und Sprengstoffe	23
2.4.9	Sicherheitsunternehmen	24
2.5	Logistik	25
2.5.1	Informatik und Telekommunikation	25
2.5.2	Fahrzeuge	25
2.5.3	Gebäudeverwaltung	25
2.5.4	Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung	26
2.5.5	Buchhaltung	26
3	Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)	26
3.1	Auftrag des Amtes	26
3.2	Bevölkerungsschutz	26
3.2.1	Ordentliche Tätigkeit	26
3.2.2	Ausserordentliche Ereignisse	28
3.3	Zivilschutz	28
3.3.1	Auftrag	28
3.3.2	Ordentliche Tätigkeit	28
3.3.3	Disziplinarwesen	29
3.3.4	Ausbildung	29
3.3.5	Organisation	30
3.3.6	Bauten und Material	30
3.3.7	Besonderes	31
3.4	Militärverwaltung	31
3.4.1	Auftrag	31
3.4.2	Ordentliche Tätigkeit	31
3.5	Verwaltung der Militärgebäude	35
3.5.1	Auftrag	35
3.5.2	Ordentliche Tätigkeit	35

3.5.3	Besonderes	36
4	Amt für Bevölkerung und Migration	37
4.1	Fremdenpolizei	37
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	37
4.1.2	Besondere Ereignisse	38
4.2	Asylbereich	38
4.2.1	Ordentliche Tätigkeit	38
4.2.2	Besondere Ereignisse	38
4.3	Ausländische Arbeitskräfte	38
4.3.1	Ordentliche Tätigkeit	38
4.3.2	Besondere Ereignisse	39
4.4	Schweizerpässe und Identitätskarten	39
4.4.1	Ordentliche Tätigkeit	39
4.4.2	Besondere Ereignisse	40
5	Amt für Gewerbepolizei	40
5.1	Öffentliche Gaststätten	40
5.1.1	Laufende Aktivitäten	40
5.1.2	Besonderes Ereignis	41
5.2	Alkoholhaltige Getränke	41
5.2.1	Laufende Aktivitäten	41
5.3	Lotterien und Kollekten	42
5.3.1	Laufende Aktivitäten	42
5.4	Spielautomaten	42
5.4.1	Laufende Aktivitäten	42
5.5	Spitalsalons	42
5.5.1	Laufende Aktivitäten	42
5.6	Prostitution	42
5.6.1	Laufende Aktivitäten	42
5.7	Gewerbe der Reisenden	43
5.7.1	Laufende Aktivitäten	43
5.8	Konsumkredit	43
5.8.1	Laufende Aktivitäten	43
5.9	Risikoaktivitäten	43
5.9.1	Aktuelle Aktivitäten	43
5.10	Masse und Gewichte	43
5.10.1	Laufende Aktivitäten	43
5.11	Preisbekanntgabe	44

5.11.1	Besonderes Ereignis	44
6	Amt für Justiz	44
6.1	Aktivitäten	44
6.1.1	Advokatur	44
6.1.2	Notariat	44
6.1.3	Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen	44
6.1.4	Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen	45
6.1.5	Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen	45
6.1.6	Internationale Rechtshilfe	45
6.1.7	Mediation	45
6.1.8	Aufsicht über die klassischen Stiftungen	46
7	Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	47
7.1	Straf- und Massnahmenvollzug	47
7.1.1	Freiheitsstrafen und Massnahmen	47
7.1.2	Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)	50
7.1.3	Gemeinnützige Arbeit (GA)	50
7.1.4	Begnadigungsgesuche	51
7.1.5	Untersuchungshaftplatzsuche	51
7.1.6	Strafregister	51
7.2	Gefängnisse	51
7.2.1	Eintritte 2015	51
7.2.2	Vollzugstage	52
7.2.3	Verpflegung	52
7.2.4	Räumlichkeiten	52
7.2.5	Beschäftigung der Insassen	52
7.2.6	Insassenbetreuung	53
7.2.7	Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis und im Gefängnis Romont	53
8	Amt für Bewährungshilfe (BHA)	54
8.1	Tätigkeit	54
8.1.1	Abteilung Verwaltung	54
8.1.2	Abteilung Bewährungshilfe	55
8.1.3	Abteilung Alternative Strafvollzugsformen	56
8.1.4	Besondere Vorkommnisse	57
9	Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)	58
10	Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)	59
11	Anstalten von Bellechasse (AB)	59

1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Direktor: Erwin Jutzet

Generalsekretäre: Claudine Godat und Didier Page

1.1 Tätigkeit

1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die Informationsverwaltung intern und gegen aussen zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen umfassen.

1.1.2 Besondere Ereignisse

1.1.2.1 Integrationspolitik

Baustelle 3.4.6 der Herausforderung Nr. 4 des Regierungsprogramms («Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums») ist die Politik zur Integration der Migrantinnen und Migranten und zur Prävention von Rassismus, die 2015 noch intensiviert wurde. Seit 2014 erfolgt ihre Umsetzung im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms, das gemeinsam mit der Direktion für Gesundheit und Soziales (für die Integration im Asylbereich) erarbeitet wurde. Dieses Vierjahresprogramm ist Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Bund und bildet die Finanzierungsgrundlage für Umsetzungsmassnahmen.

Das Jahr 2015 ermöglichte insbesondere den Ausbau der Erstinformation, indem die Zusammenarbeit mit den Gemeinden verstärkt und spezifische Dienstleistungen für sie entwickelt wurden. Im Bereich Schutz gegen rassistische Diskriminierung hat eine entscheidende Phase begonnen, nachdem der Freiburger Abteilung von Caritas Schweiz der Auftrag erteilt wurde, eine Anlaufstelle für Rassismusberatung und -prävention zu schaffen. Die Einrichtung mit dem Namen «Respekt für alle» wird am 21. März 2016 offiziell eröffnet. Im Bildungsbereich konnte die Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten und für Rassismusprävention die Subventionierung von Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten erweitern. Im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde das Projekt «Gemeinsam in der Gemeinde» weitergeführt, und neue Gemeinden haben ihre Teilnahme angekündigt.

Schliesslich hat sich die Fachstelle für Integration zusammen mit der kantonalen Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus mit der Problematik «Migration und Gesundheit» auseinandergesetzt und (gemeinsam mit der GSD) im ersten Quartal 2016 einen runden Tisch zu diesem und dem Thema «Migration und Alter» organisiert. Dazu wurde ein Netz von Ansprechpersonen in den wichtigsten ausländischen Gemeinschaften des Kantons aufgebaut.

1.1.2.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Partnerschaft zwischen dem Staat Freiburg und dem Dachverband Solidarisches-Freiburg wird seit 2013 in einem Leistungsauftrag über vier Jahre festgelegt. Gemäss dem Finanzplan 2013–2016 wurde das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit 2015 auf 210 000 Franken angehoben, das sind 10 000 Franken mehr als 2014. Davon gingen 160 000 Franken an Solidarisches-Freiburg zur Finanzierung von Projekten, welche die Mitgliedorganisationen im Ausland leiten, und 20 000 Franken an ein Projekt zur Verbesserung des Netzwerks für psychische Gesundheit in der Föderation Bosnien und Herzegowina, das in Zusammenarbeit mit dem Bund den Kantonen Genf und Jura geführt wird. Weitere 30 000 Franken gingen an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz.

Die Kantonale Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (KKEHH) trat 2014 zweimal zusammen. Auf ihre Anregung hin wurde 2015 mit einer Bestandesaufnahme der Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit begonnen, die von privaten oder institutionellen Akteuren des Kantons geleitet werden.

1.1.2.3 Kantonaler Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS)

Der KRPS ist ein beratendes Organ des Staatsrats, das gleichzeitig mit der Schaffung der bürgernahen Polizei eingesetzt wurde. Es wird vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert und vereinigt Vertreter der Kantonspolizei, der Oberämter, der Gemeinden, der Gesundheitsförderung, der soziokulturellen Animation, der Jugend und der betagten Personen. Im Jahr 2015 trat der KRPS zweimal zusammen.

Die im Juni 2013 lancierte Präventionskampagne «Familie Kolly» zum Thema richtige Verhaltensweisen wurde 2015 mit Spots zu den Themen Einbruchdiebstahl, Sachbeschädigung und Littering weitergeführt. Der letzte, 2015 gedrehte Spot zu Diebstählen am Bankomaten wird im ersten Quartal 2016 ausgestrahlt.

Zusätzlich zu seiner ordentlichen Tätigkeit (Situationsanalyse und Erfahrungsaustausch) spielte der KRPS eine aktive Rolle bei der Entwicklung des Projekts für ein Party-Label. Das Label-Projekt mit dem Namen «Smart Event» propagiert eine neue Feier-Ethik für die Verbesserung des Risikomanagements an Partys. Veranstaltungen, die sich verpflichten, konkrete Präventions- und Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen, mit denen die Jugend geschützt und die Wahrscheinlichkeit von Risikoverhalten in Zusammenhang mit dem Konsum von Alkohol und anderen bewusstseinsverändernden Substanzen verringert wird, sollen mit dem Label ausgezeichnet werden. Das Label, das für Organisatoren von Festen und Betreiber von öffentlichen Gaststätten gedacht ist, wird für beide Sprachregionen des Kantons entwickelt. Der KRPS ist in der Projektoberleitung (COPIL) vertreten, der zwei Oberamtmänner (Greyerz- und Saanebezirk), zwei Vertreter der Kantonspolizei, der Vorsteher des Amts für Gewerbepolizei, eine Vertreterin des Amts für Gesundheit und die Vertreter des Vereins REPER angehören. REPER ist damit beauftragt, unter der Leitung des COPIL das Label zu entwickeln.

1.1.2.4 Campus Schwarzsee/Lac Noir

Das Projekt zum Ausbau und zur Aufwertung des Lagers Schwarzsee, das in Campus Schwarzsee/Lac Noir umbenannt wurde, konnte 2015 im Wesentlichen vollendet werden. Es ist gelungen, die unter extremem Zeitdruck erfolgenden Arbeiten für die Renovation der bestehenden Gebäude und den Bau von zwei neuen Unterkunftsgebäuden innerhalb der verbindlichen Fristen abzuschliessen, sodass im Januar 2016 das eidgenössische Ausbildungszentrum des Zivildienstes einziehen konnte. Auftrag erfüllt: Seit dem 11. Januar 2016 halten sich pro Woche 250 Zivildienstleistende auf dem Campus auf.

Daneben wird ein Sport- und Freizeitzentrum mit zahlreichen Innen- und Aussensportanlagen zum Campus gehören. Da es beim Standort des geplanten Kunstrasenplatzes Schwierigkeiten gibt, prüft die Sicherheits- und Justizdirektion gemeinsam mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion und dem Hochbauamt die Machbarkeit der alternativen Lösung einer Dreifachturnhalle.

Die SJD prüft ausserdem die Möglichkeit, für den zukünftigen Betrieb des Campus eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu schaffen. Sie hat einen externen Berater mit der Erstellung eines Businessplans beauftragt.

1.1.2.5 Vollzugsplanung

Die Sicherheits- und Justizdirektion hat die Vollzugsplanung 2015–2025 abgeschlossen, mit der die Handhabung des Vollzugs der verschiedenen Sanktionsformen (vorzeitiger Strafvollzug, lange und kurze Strafen usw.) durch infrastrukturelle und organisatorische Anpassungen und neue Bauten in den Anstalten von Bellechasse (AB) verbessert werden soll. Die Vollzugsplanung ist Gegenstand eines Berichts an den Grossen Rat und wird 2016 zudem vom Staatsrat behandelt. Gleichzeitig hat die SJD ihren Vorentwurf des Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug in Vernehmlassung gegeben. Mit der Zusammenfassung von Bestimmungen aus über fünfzehn kantonalen Gesetzestexten in einem Gesetz sollen die Vollzugsorganisation modernisiert und die Effizienz der gesamten Strafverfolgung durch eine bessere Koordination und verbesserte Verfahren gesteigert werden. Ebenfalls mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung und Kompetenzerweiterung sieht der Vorentwurf die Zusammenlegung des

Amts für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse mit dem Amt für Bewährungshilfe vor, sowie die Zusammenfassung aller Vollzugseinrichtungen in einer einzigen, autonomen Einheit, den Freiburger Haftanstalten.

1.2 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)

1.2.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz tagte 2015 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Harmonisierung der Polizeiiinformatik;
- > Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz;
- > Sicherheitsverbund Schweiz;
- > Restrukturierung des Asylbereichs;
- > Projekt Bevölkerungsschutz 2015–2030;
- > Projekt Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug.

1.2.2 Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL)

Die Konferenz tagte 2015 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Revision der interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonaler oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten;
- > Bundesgesetz über Geldspiele;
- > Spielsuchtabgabe.

1.2.3 Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Die Konferenz tagte 2015 einmal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Standortbestimmung und Weiterentwicklung der Schweizer Armee;
- > Konsultations- und Koordinationsmechanismus des Sicherheitsverbunds Schweiz.

1.2.4 Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)

Die Konferenz tagte 2015 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Elektronische Überwachung;
- > Jugendstrafanstalt *Etablissement de détention pour mineurs* (EDM, Aux Léchaies, Palézieux);
- > Risikoorientierter Sanktionenvollzug (System ROS);
- > Konkordatsplanung;
- > Polizeiausbildung.

1.3 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)

1.3.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Fri-Pers-Entscheide, administrative Massnahmen in Personalfragen, Bewilligungen für die Zeugenaussage vor Gericht, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Beschwerden gegen den Direktor der AB, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Prüfungen der Leiter von Sicherheitsunternehmen, Genehmigung von Gemeindereglementen, Kaminfegerkonzessionen usw.). Im Jahr 2015 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (2015 eröffnete Verfahren)	42
Gefällte Entscheide	25
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme / Verfahren gegenstandslos	2
Beschwerden an den SR gegen Entscheide des Jahres 2015	0
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2015	0
Am 31. Dezember 2015 hängige Verfahren	9

1.3.2 Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Im Jahr 2015 präsentierte sich die Situation wie folgt:

2015 eingegangene Beschwerden	32
davon	
gutgeheissen	2
abgewiesen	16
unzulässig	4
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	5
Am 31. Dezember 2015 bei der Direktion hängige Verfahren	5
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2015	6

1.3.3 Haftungsfragen

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Im Jahr 2015 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Am 1. Januar 2015 hängige Fälle	3
Im Jahr 2015 eingereichte Forderungen	4
Im Jahr 2015 von der SJD erledigte Fälle	3
Am 31. Dezember 2015 hängige Fälle (2015 eingereicht)	1

1.4 Gesetzgebung

1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 20. April 2015 über den Beitritt zur Änderung des Konkordats über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Tessin)
- > Dekret vom 22. Mai 2015 über den Bestand der Kantonspolizei

1.4.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 28. April 2015 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Delley-Portalban;
- > Verordnung vom 7. September 2015 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Morlon;
- > Verordnung vom 15. September 2015 zur Änderung des Beschlusses über das Steuerinventar im Todesfall;
- > Verordnung vom 3. November 2015 zur Erhöhung des Tarifs 2016 für bestimmte Personenwagen (Energieetikette);
- > Verordnung vom 30. November 2015 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Fundsachen);
- > Verordnung vom 30. November 2015 über den Ansatz der Prämien und der Zuschlagsprämien der Gebäudeversicherung für 2016;
- > Verordnung vom 7. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen;
- > Verordnung vom 14. Dezember 2015 zum Fahren mit Drachensegelbrettern.

2 Kantonspolizei (KaPo)

Kommandant: Pierre Schuwey

2.1 Personalbereich¹

2.1.1 Bestand am 31.12.2015

VZÄ (Einh.)	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfs-polizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando	11.50 (12)	-	-	6.3 (7)	-	17.80 (19)
Personalbereich	10 (10)	23 (23)	-	5.30 (6)	1 (1)	39.30 (40)
Stabsdienste	19.50 (21)	-	1 (1)	40.40 (46)	2 (2)	62.90 (70)
Gendarmerie	367 (375)	-	19.65 (23)	20.80 (29)	1 (1)	408.45 (428)
Kriminalpolizei	93 (99)	-	-	11.50 (14)	1 (1)	105.50 (114)
Total	501 (517)	23 (23)	20.65 (24)	84.30 (102)	5 (5)	633.95 (671)

2.1.2 Mutation beim Personal

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	4 (4)	25 (25)	1 (1)	9.2 (10)	39.20 (40)
Versetzungen in den Ruhestand	7 (7)	-	-	1 (1)	8 (8)
Kündigungen und Reduktion des Beschäftigungsgrads	15.50 (13)	2 (2)	0.2 (-)	13.7 (16)	31.40 (31)
Anstellungen als Polizeibeamten	-	24 (24)	-	-	24 (24)

2.1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Am 5. Januar 2015 wurde die Polizeiaspirantenschule (PAS) mit 25 künftigen Beamtinnen und Beamten eröffnet. Im Verlauf des Jahres haben 2 Aspiranten die Ausbildung auf eigenen Wunsch vorzeitig beendet. Im Anschluss an die einjährige Ausbildung absolvierten 23 Kandidatinnen und Kandidaten mit Erfolg die Prüfung zur Erlangung des eidgenössischen Fachausweises Polizist/Polizistin. Die Vereidigung der 18 Polizeibeamten und 5 Inspektoren fand am 11. Dezember 2015 in der Kathedrale St. Nikolaus in Freiburg statt.

Für die PAS 2016 wurden 22 Aspirantinnen und Aspiranten für die Gendarmerie und 8 Aspirantinnen und Aspiranten für die Kriminalpolizei verpflichtet.

Nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung für die Harmonisierung der Ausbildung und für gemeinsame Aktivitäten im Oktober 2013 unterzeichneten die Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura am 24. September 2015, eine Vereinbarung zur Gründung des Interregionalen Polizei-Ausbildungszentrums (IPAZ) am 1. Oktober 2015. Dies war ein Meilenstein in der Zusammenarbeit zwischen den drei Kantonen bei der Ausbildung der Polizeiaspiranten. Die intensivere Zusammenarbeit führt zu einer weiteren Verbesserung der Ausbildung durch eine gemeinsame,

¹ Vorjahreszahlen in Klammern

effektive und effiziente Einrichtung, welche von den bewährten Methoden und Kompetenzen der beiden ursprünglichen Einheiten (PAS und ERAP) profitiert. Die Gründung von IPAZ ist Teil des nationalen Prozesses zur Konzentration der Polizeiausbildungen in regionalen Zentren, entsprechend dem allgemeinen Polizeiausbildungskonzept, das die Konferenz der Kantonalen Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) beschlossen hat.

Die Leitung des IPAZ wurde Major Emre Ertan (Neuenburger Polizei) übertragen, der unterstützt wird durch ein Direktionskomitee (CODIR), das aus den Kommandanten der drei Kantonspolizeien besteht und vom Kommandanten der Kantonspolizei Freiburg, Pierre Schuwey, präsiert wird. Das CODIR ist seinerseits einem Lenkungsausschuss (COPIL) unterstellt, dem die drei für die Polizei zuständigen Staatsräte angehören und das unter dem Vorsitz des Freiburger Staatsrates Erwin Jutzet steht.

Das Ausbildungszentrum hat im vergangenen Jahr verschiedene Weiterbildungen in den Bereichen Technik (Schiessen, Selbstverteidigung, Einsatz der Zwangsmittel), Taktik und Management durchgeführt. Das zivile Personal der Rezeptionen und des Sekretariats hat insbesondere eine Ausbildung zum Empfang von Bürgerinnen und Bürgern absolviert. Das Ausbildungszentrum hat auch die administrativen Arbeiten für die Kurse unserer Mitarbeitenden am Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) sichergestellt.

Im Weiteren hat das Ausbildungszentrum 2015 verschiedene Kurse für die kantonalen Sicherheitspartner organisiert (Gemeindepolizeien, Feuerwehr, Zivilschutz).

2.1.4 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

2015 hatte der Chef der Einheit «Zwischenmenschlichen Beziehungen» Kontakt mit zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonspolizei, die ihn für Gespräche über private oder berufliche Probleme aufsuchten. In den meisten Fällen konnte eine Lösung gefunden werden. In einigen Situationen war eine Zusammenarbeit mit dem «Espace Gesundheit-Soziales» oder mit der IV-Stelle notwendig.

Das Debriefing-Team der Kantonspolizei wurde einige Male für die psychologische Unterstützung von Polizistinnen und Polizisten, welche schwierige Situationen erlebt hatten, beansprucht.

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitspsychologen unterrichtete der Chef der Einheit das Fach Polizeipsychologie an der Polizei-Aspirantenschule.

Als Vertreter der Kantonspolizei in verschiedenen Kommissionen nahm er an zahlreichen Sitzungen und Versammlungen teil (Gewalt in Paarbeziehungen – Suizidprävention Freiburg – Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Kantonale Kommission für Suchtfällen).

2.1.5 Arbeitspsychologe

In der Westschweiz wurde eine permanente Arbeitsgruppe zur Harmonisierung des Verfahrens zur Auswahl der Kandidaten für die Polizeischulen gegründet. Die Kantonspolizei Freiburg wird durch ihren Arbeitspsychologen vertreten.

In Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen für zwischenmenschliche Beziehungen gestaltete und organisierte der Arbeitspsychologe die 60 Kursstunden in Polizeipsychologie für die Polizeiaspirantinnen und -aspiranten, die er teilweise auch unterrichtete. Der Schwerpunkt lag auf der praktischen Ausbildung. Zu diesem Zweck wurden Schulungsvideos aufgezeichnet. Es wurden zudem Asylbewerber in die Polizeischule eingeladen, damit sie von ihren Erlebnissen berichteten. Die Begegnung war spannend und soll 2016 wiederholt werden.

Im Einverständnis mit der Direktion konnte eine junge Kriminologin ein Nachdiplompraktikum absolvieren. Es besteht der Wunsch, bei der Kantonspolizei künftig mehr Praktika von längerer Dauer anbieten zu können. Die Praktikumsstelle wird die sechs Lehrstellen ergänzen, für die der Arbeitspsychologe verantwortlich ist.

Schlussendlich hat der Arbeitspsychologe die jährliche Sitzung der Vereinigung der Polizeipsychologen der Schweiz in der Stadt Freiburg organisiert, die von einem reichhaltigen und interessanten Erfahrungsaustausch geprägt war.

2.2 Tätigkeiten der Kantonspolizei

2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2014	2015
Erstellte Polizeirapporte	16 366	16 606
durch die Gendarmerie	12 755	12 960
durch die Kriminalpolizei	1468	1495
durch die Stabsdienste	2143	2151
Aufgenommene Strafklagen	10 266	9284
durch die Gendarmerie	8961	8128
durch die Kriminalpolizei	137	161
durch die Stabsdienste (Eingegangen von Drittpersonen)	1168	991
Behandelte Aufträge	24 523	24 335
durch die Gendarmerie	21 908	21 701
durch die Kriminalpolizei	1477	1547
durch die Stabsdienste	1138	1087
Transport von Gefangenen und Beschuldigten	5286	5290
davon im Kanton	4661	4703
davon ausserhalb des Kantons	625	590
Eingegangene Anrufe	324 033	320 335
davon Anrufe über die Notfallnummer	103 037	99 444
Behandelte Alarme	1950	1923
davon wegen Feuer	539	478
davon wegen Einbruch/Überfall	1411	1445
Identifikationen durch KTD	586	1803
davon Fingerabdrücke	224	1592
davon DNA-Profile	266	138
davon Schuhsohlenprofile	96	73
davon Ohrabdrücke	0	0
Verbindungen zwischen Schuhsohlenprofilen	225	172
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	210	151
interne	17	25
mit anderen Kantonen	193	126
DNA-Probenahme bei Personen	1394	1361
Löschung von DNA-Profilen	1069	1322
Erkennungsdienstliche Massnahmen	1577	1592

2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2014	58	227	285
2015	68	233	301

2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahr 2015 ist die Anzahl der Verkehrsunfälle* mit 1404 (2014: 1426) um 1,54 % gesunken. Die Zahl der verletzten Personen* sank mit 687 (697) um 1,43 % und die Anzahl der Todesopfer mit 6 Personen um 33,33 % (9).

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Saane	532	519	237	232	0	0
Sense	165	151	82	101	2	1
Greyerz	290	291	136	123	1	3
See	137	142	102	85	3	0
Glane	96	92	49	56	1	1
Broye	117	126	50	54	2	0
Vivisbach	89	83	41	36	0	1
Total	1426	1404	697	687	9	6

*Es handelt sich um eine Hochrechnung, weil die Frist zur Zustellung der definitiven Statistiken an das ASTRA auf den 19.02.2016 festgelegt ist.

Bleib cool und teile die Strasse. Unter diesem Motto und in Partnerschaft mit dem ASS hat die Kantonspolizei ihre Kampagne 2015 durchgeführt. Diese Aktion richtete sich insbesondere an die Fahrradlenker, weil die Anzahl Unfälle mit Velofahrern im Jahr 2014 gestiegen war. Alle übrigen Verkehrsteilnehmer waren jedoch auch angesprochen. Die Kampagne erstreckte sich über 5 Phasen und dauerte bis November. Von Ende April bis Mitte Mai informierten die Patrouillen die Verkehrsteilnehmer und verteilten Aufkleber und Flyer mit den wichtigsten Verkehrsregeln.

Die vier Phasen von dissuasiven Kontrollen richteten sich zuerst an die Zweiräder, dann an die Fussgänger, die Motorradlenker und schliesslich an alle Verkehrsteilnehmer. Zu diesem Zweck wurden 7000 Flyer, 5000 Aufkleber und 3000 reflektierende Artikel beschafft. Sechs Busse der TPF verkehrten in den Farben der Aktion und die Kantonspolizei war mit einem Stand am slowUp in Murten und im Greyerzbezirk vertreten.

Anlässlich der 710 durchgeführten Kontrollen wurden 392 Verkehrsteilnehmer zur Anzeige gebracht.

	2014	2015
Führerausweisentzug	993	888
Geschwindigkeitskontrollen	3660	3608
Fahrerflucht nach Unfall	718	693
Ermittelte Lenker nach Fahrerflucht	226	239
Betrag einkassierter Ordnungsbussen	CHF 6 288 614	CHF 6 790 054
Kontrollierte Transportunternehmen	32	22
Begleitung Ausnahmetransporte	355	350
Schiffahrtsunfallmeldungen	2	3
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	7	10
Einsätze Tauchergruppe	14	26

2.2.4 Abkommen bezüglich des Neuenburgersees

Die Seepolizeien der Kantone Freiburg und Waadt sind im Rahmen eines Vertrags über entgeltliche Leistungen für die Sicherheit und für Einsätze auf dem Neuenburgersee zuständig. Die Freiburger Seepolizei hat nebst ihrer Tätigkeit auf den hiesigen Gewässern 100,75 Überwachungsstunden auf dem Neuenburgersee geleistet. Sie wurde

sechsmal zu einer Intervention gerufen, wobei 55 Einsatzstunden auf dem Gebiet des Kantons Neuenburg anfielen. Die Beamten der Seepolizei erstellten 22 Anzeigerapporte sowie einen Ermittlungsbericht für einen Taucherunfall, was 24 Stunden administrativer Arbeit verursachte. Die Seepolizei intervenierte zudem bei 3 Schiffsunfällen auf dem freiburgischen Teil des Neuenburgersees.

Im Jahr 2015 waren die Seepolizei und die Polizeitaucher an Grosseinsätzen UMBRELLA (Anstieg des Wasserpegels des Neuenburger- und Murtensees sowie des Broyekanals im Mai) und HELLIOS (Trockenheit und Versorgung der Alphütten mit Wasser während der Monate Juli und August) beteiligt.

2.2.5 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

In jeder Region der Gendarmerie werden permanente oder punktuelle Aktionen durchgeführt. Sie sind den geografischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst und haben in erster Linie einen präventiven und abschreckenden Charakter, bei Übertretungen wirken sie aber auch repressiv. Sie sind langfristig ausgerichtet und beinhalten eine verstärkte Präsenz von uniformierten Beamten in Problemzonen wie öffentlichen Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, an Stränden, an Veranstaltungen mit grossem Menschenaufkommen und in öffentlichen Gaststätten. Nebst der Aufgabe, der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, sind die Aktionen ein Mittel gegen ungesittetes Verhalten, tragen zur öffentlichen Ordnung bei und dienen gegebenenfalls auch dem Kampf gegen illegalen Handel aller Art, vor allem jenen mit Drogen.

KANTONALE AKTIONEN

«VIGIPOL»	Im Anschluss an die Ereignisse in Paris vom Januar 2015 wurde der Führungsstab VIGIPOL gegründet, der wöchentlich einen Rapport durchführt. Die Hauptziele dieses Stabes sind: <ul style="list-style-type: none"> > Förderung des Miteinbezuges der verschiedenen Partner; > Erhöhte Wachsamkeit des gesamten Personals der Kantonspolizei; > Verstärkte Polizeipräsenz bei Grossanlässen (z. B. Vereidigung); Seit der Gründung des Stabes VIGIPOL wurden zahlreiche Kontrollen durchgeführt.
«STREET» Seit März 2015	Fusspatrouillen zugunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit einer sichtbaren Präsenz im Dienste der Bevölkerung. «Sein, wo Menschen sich treffen und es Sinn macht». Im Rahmen dieser Aktion leisteten die Beamten 11 492 Einsätze, was 15 425 Stunden entspricht.
«TABARRO»	Sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), öffentlichen Gaststätten mit grossem Menschenandrang sowie bei Grossveranstaltungen mit festlichem Charakter an den Wochenenden (hauptsächlich Freitag und Samstag). Insgesamt wurden 66 (2014: 52) Einsätze mit einer Dauer von 660 (513) Stunden geleistet. 405 (311) Beamte waren daran beteiligt.
«ANGEL» 01.12 – 31.12.2015	Vorbeugende Präsenz der Polizeikräfte in der Weihnachtszeit in den Geschäftszonen der Stadtzentren des Kantons, um vor allem Diebstählen (Taschendiebstahl, Entreisssdiebstahl, Ladendiebstahl) vorzubeugen und der Bevölkerung Sicherheit zu vermitteln. Während den 1067 (2014: 671) Aktionen haben 2136 (1327) Beamte 893 (616) Stunden geleistet.
«CRIMINO»	Kampf gegen die Einbruchdiebstähle bei Einbruch der Dunkelheit in Wohnungen, Villen und Geschäften. Anlässlich dieser 6295 (2014: 4080) Aktionen haben 13 832 (8912) Beamte eine Präsenzzeit von 5239 (6730) Stunden geleistet. 885 (652) Personen wurden kontrolliert/identifiziert, 687 (183) Fahrzeuge wurden kontrolliert und 20 (15) Personen angehalten.
«PROJEKTE MIGRANTEN»	Nach dem Eintreffen von zahlreichen Migranten auf unserem Gebiet wurde ein kantonales Einsatzkonzept für die Asylzentren erstellt und eine kantonale Ansprechperson ernannt. Das Konzept hat zum Ziel, die Polizeiaktion (intern) mit den externen Partnern (SJD, GSD,

KSA, BMA, ORS, Gemeinden usw.) zu koordinieren. Bei der Polizei wurde eine Ansprechperson für jedes Zentrum ernannt. Es fanden auch mehrere polizeiinterne Ausbildungen statt. Im Weiteren wurde im Foyer des Remparts in Freiburg ein Präventionstag durchgeführt.

REGIONALE AKTIONEN

Region Zentrum:

«Tags und Graffiti»
01.01. – 31.12.2015

Seit Beginn des Jahres 2015 hat die bürgernahe Polizei der Region Zentrum den Schwerpunkt auf die Tags/Graffiti in der Stadt Freiburg und ihrer Agglomeration gesetzt. In der Zeitspanne vom 01.01.2015 – 31.12.2015 wurden 347 Strafanträge für Sachbeschädigung eingereicht; 106 Fälle konnten aufgeklärt werden. Der entstandene Sachschaden konnte nicht beziffert werden.

Region Nord:

«OBELISK»
16.02. – 27.10.2015

Im Anschluss an mehrere Einbruchdiebstähle in Fahrzeuge wurden 60 Überwachungen und Kontrollgänge in der Region Murten und Domdidier durchgeführt. Im Rahmen dieser Überwachungen konnten 2 Personen angehalten werden, die an die 50 Diebstähle gestanden.

«GARO»
01.01 – 31.12.2015

Präventive Präsenz in den grösseren Bahnhöfen der Region. Kampf gegen Sachbeschädigungen und das Unsicherheitsgefühl. 252 Einsätze, was 270 Stunden entspricht. Im Verlauf dieser Aktion wurden 30 Personen kontrolliert. 2 Personen waren gesucht, 3 Personen wurden wegen Drogenkonsums und 1 Person wegen Verstosses gegen das Ausländergesetz zur Anzeige gebracht.

Region Süd:

«LUCOS»
Januar bis November

237 Beamte haben in diesem Zeitraum bei 112 Kontrollen in Bulle, Romont, Châtel-St-Denis und Attalens 103 Personen im Kampf gegen den Drogenhandel und -konsum überprüft. 38 Personen wurden wegen Verstosses gegen das BetmG zur Anzeige gebracht (16 Rapporte und 22 OB). Ebenfalls wurden 5 Personen für SVG- und 5 Personen wegen anderer Vergehen verzeigt.

2.2.6 Betäubungsmittel

	2014	2015
Beschlagnahme Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	2026	6428
Marihuana (in Gramm)	35 082	34 270
Heroin (in Gramm)	183	306
Kokain (in Gramm)	2 636	10 600
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy	852	1421
Amphetamin (in Gramm)	249	182
Todesfälle infolge Überdosis	1	4
Einbruchdiebstähle und –versuche in Apotheken, Spitälern und Arztpraxen	21	28

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2014	2015
Deklarierte Felder	1 (Fläche von ca. 2000 m ²)	1 (Fläche von ca. 2000 m ²)
Beschlagnahmte Hanfmenge	1455 Pflanzen, davon:	1197 Pflanzen, davon:

	2014	2015
	- 1325 aus Indoor-Kulturen	- 878 aus Indoor-Kulturen
	- 130 aus Outdoor-Kulturen	- 319 aus Outdoor-Kulturen
Indoor-Kulturen	30	29

2.3 Ereignisse im Jahr 2015

2.3.1 Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle

Im Verlaufe des Jahres 2015 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Tötung		Im Jahr 2015 gab es kein Tötungsdelikt. Es wurde eine versuchte Tötung (schwere Körperverletzung durch einen portugiesischen Staatsbürger) behandelt.
Leichenhebungen	Kanton	Intervention bei 152 aussergewöhnlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen konnten die folgende Todesursachen ermittelt werden: fahrlässige Tötung (3), Unfalltod (22), natürlicher Tod (70), Selbstmord (38), begleitete Sterbehilfe (16), unbekannte Ursache (3).
Raubüberfälle	Kanton	Die Anzahl Raubüberfälle hat abgenommen. Mehrere Täter wurden angehalten (Tankstelle in Bulle, Raiffeisen-Bank in Freiburg, Ende des Jahres). Der Polizei wurden 24 Raubüberfälle gemeldet (2014: 54), die meisten konnten aufgeklärt und die Täter angehalten werden.
Einbruchdiebstähle Diebstähle	Kanton und ausserkantonale	Ungefähr 1500 Einbruchdiebstähle, Einbruch- oder Einschleichdiebstahlversuche wurden registriert. Gegenüber dem letzten Jahr wurde ein Rückgang verzeichnet (2014: ungefähr 1900 Fälle). Dazu kommen 530 Einbruchdiebstähle bei Fahrzeugen. Das Kriminalkommissariat hat eine wichtige Ermittlung im Fall von mehreren Einbruchdiebstählen in Einkaufszentren geführt. Neun rumänische Staatsbürger wurden angehalten. Der Bande konnten 25, in der ganzen Westschweiz verübte Taten angelastet werden. Mehrere Einbrecher konnten angehalten werden. Zudem wurde eine beträchtliche Menge von Befragungen und Anzeigerapporten verzeichnet.
Finanzdelikte	Kanton	Es wurden Ermittlungen in 19 Betrugsfällen des Typs «Social Engineering» im Raum Freiburg geführt. Dabei wurden mehrere tausend Franken unterschlagen. In den meisten Fällen blieb es beim Versuch.
	Kanton und ausserkantonale	Weiterführung der Ermittlung im Fall des Verlustes von mehreren 10 Millionen Franken der Vorsorgestiftung ACSMS in Villars-sur-Glâne. Die Ermittlung ergab über 22 Geschädigte und einen zusätzlichen Deliktbetrag von mehreren Millionen Franken.
Cyberkriminalität	Kanton	505 Straftaten wurden via Internet begangen. Die häufigsten Delikte: Betrug (279), Erpressung (32), strafbare Handlungen gegen den Geheim- oder Privatbereich mittels Aufnahmegerät (28), unbefugtes Beschaffen von Personendaten (24), betrügerischer Gebrauch eines Computers (24), Verleumdung (19), üble Nachrede (14) und Beschimpfung (14). 2015 wurden erstmals mehr Betrugsdelikte via Internet als auf herkömmliche Weise begangen.
Betrugsdelikte	Kanton und ausserkantonale	Mehrere Anhaltungen und Verhaftungen in 3 Fällen von «Rip Deal» (Betrugsdelikt beim Geldwechsel) mit einem Verlust von ungefähr einer halben Million Franken.
Brände	Kanton	Intervention bei 316 Brandfällen: kriminelle Ursache (35), Fahrlässigkeit (115), technische Ursache – Fahrzeuge (36), technische Ursache – elektronische Geräte,

		Überheizung (62), Kamin (33), Unfall (15), natürliche Ursache (6), unbekannte Ursache (14).
Betäubungsmittel CAPITA, DOP, KATR, SURCO	Kanton	<p>CAPITA: gestützt auf Informationen der BKP zu einem umfangreichen Handel mit Kokain zwischen Holland und der Schweiz mit nigerianischen Staatsbürgern als Drahtziehern wurden 3 Hauptpersonen des Handels in Romont angehalten. Es wurden rund 6 Kilogramm Kokain beschlagnahmt. Die Ermittlungen deckten gut zehn Transporte dieser Art auf. Gesamtschweizerisch wurde ein Handel im Bereich von mehreren hundert Kilogramm Kokain aufgedeckt.</p> <p>DOP: Kokain-Handel zwischen Holland und Châtel-St-Denis im Umfeld von Dominikanern. Anhaltung von 6 Protagonisten und Beschlagnahmung von rund 3,9 Kilogramm Kokain. Den Hauptverdächtigen konnte der Handel mit mehreren Kilogramm Kokain vorgeworfen werden, die an eine Kundschaft verkauft wurde, die sich hauptsächlich in der waadtländischen Riviera und im Walliser Chablais aufhielt.</p> <p>KATR: Kokain-Handel eines nigerianischen Grosshändlers mit Stützpunkt in Freiburg. Die Ermittlung führte zur Anhaltung der drei Hauptverdächtigen des Handels und zur Beschlagnahmung von ca. 650 Gramm Kokain. Dieses Netzwerk war sehr aktiv im Grossraum Freiburg und lieferte Kokain an unzählige örtliche Konsumenten.</p> <p>SURCO: Handel mit Haschisch zwischen Spanien und Gruyère, hauptsächlich im spanischen Umfeld. Beschlagnahmung von etwa 6 Kilogramm Haschisch und Marihuana spanischer Herkunft und Anhaltung von 4 Protagonisten. Ein Handel im Bereich von mehreren zehn Kilogramm wurde aufgedeckt.</p>
Pornographie	Kanton	Die Anzahl Fälle blieb stabil, aber mit der Zunahme im Informatikbereich wird das zu analysierende Material immer umfangreicher. Es wurden 16 Fälle von illegaler Pornographie (davon 9 Fälle von harter Pornographie) registriert. 6 davon standen im Zusammenhang mit Kindern.
Sitte		<p>449 Kontrollen von Massagesalons.</p> <p>12 Kontrollen von Cabarets.</p> <p>1220 Liebesdienerinnen kontrolliert.</p> <p>240 Prostituierte erfasst und 38 angezeigt.</p> <p>5 Massagesalonverantwortliche verzeigt.</p>
Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	<p>92 Video-Befragungen von minderjährigen Opfern von Sexualdelikten wurden durchgeführt.</p> <p>Anhaltung eines Schweizer Pädophilen, welcher zahlreiche Kinder im Ausland missbraucht hat.</p>
Unterstützung durch IT- Analytiker	Kanton	<p>Über 200 Analysen von Mobiltelefonen.</p> <p>Analysen von EDV-Material aus 207 Fällen im Umfang von gesamthaft 76 TB (Terabyte) oder 76 000 GB (Gigabyte).</p>
Prävention/Ruf der Polizei		<p>Prävention durch die Beauftragten der Jugendbrigade:</p> <p>183 Primar- und 199 Sekundarschulklassen wurden besucht. Teilnahme an 141 Elternabenden, Lehrersitzungen und anderen Veranstaltungen. 111 gezielte Interventionen. Teilnahme am Projekt der DEZA zugunsten von bulgarischen Polizisten in Bulgarien.</p> <p>Entweichungen:</p> <p>Die Bearbeitung der 337 Entweichungen und Vermisstmeldungen von Minderjährigen bestand daraus, eine Kontaktaufnahme mit den Eltern, sozialen Institutionen und anderen Kantonspolizeien sowie eine Suchaktion vorzunehmen.</p> <p>Vierte Teilnahme am Raid Adventure, Projekt der Lausanner Polizei in</p>

Zusammenarbeit mit der Stiftung CAP. Während 24 Stunden wurden 5 Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen von 2 Inspektoren der Jugendbrigade auf einem Postenlauf begleitet. Der Austausch zwischen den Jugendlichen und den Polizisten war eine bereichernde Erfahrung.

2.3.2 Unwetter im Kanton Freiburg (Aktion UMBRELLA)

Am 30. April 2015 ging eine WARN-Meldung betreffend Unwetter im Kanton Freiburg ein. Vom 1. auf den 2. Mai mussten wir mehrmals wegen Überschwemmungen intervenieren, hauptsächlich im Vivisbach- und Glanebezirk. Nach mehreren WARN-Meldungen wurde der Entscheid getroffen, ab dem 4. Mai einen KP zu führen, um die Entwicklung zu verfolgen. Der erste Situationsrapport fand am 5. Mai statt. Ab diesem Zeitpunkt war der Haupt-KP ausser nachts ständig besetzt. Eine Hotline wurde ebenfalls eingerichtet. Insgesamt haben die Beamten der Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz 479 Stunden Pikettdienst geleistet und 1189 Stunden für die Interventionen, die Führung vor Ort und den Einsatz-KP sowie die Überwachung der Seeufer aufgewendet. Der KP wurde am 11. Mai 2015 aufgehoben.

2.3.3 Hitzewelle im Kanton Freiburg (Aktion HELIOS)

In der Zeit vom 30. Juni bis am 17. Juli 2015 intervenierte die Kantonspolizei mehrmals aufgrund der grossen Hitze. Während der Hitzeperiode wurde vom 17. bis 20. Juli ein KP HELIOS betrieben. Anschliessend wurde der KP durch das KFO weitergeführt. In dieser Zeitspanne haben 154 Beamte der Kantonspolizei an die 285 Stunden für den KP und die Überwachung der Gewässer geleistet.

2.3.4 Aktionen im Bereich der Prävention

01.01. – 31.12.	Gurten als Lebensretter	Kontrollen des Tragens der Sicherheitsgurte auf dem gesamten Strassennetz des Kantons. 3332 (3831) Ordnungsbussen ausgestellt.
01.01. – 31.12.	TECO	Kontrollen betreffend das Benützen des Mobiltelefons am Steuer. 2234 (2382) Automobilisten wurden zur Anzeige gebracht.
01.01. – 31.12.	Aktion 2-Räder – Radarkontrollen	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradlern befahren werden. 266 (232) Verzeigungen. Aktion während der Motorradsaison.
05.01. – 09.01.	Schulanfang	Überwachung der Fussgängerstreifen mit Geschwindigkeitskontrollen bei Schulen und auf Schulwegen. 699 (605) Lenker haben die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten und 31 (2014 nicht erhoben) haben den Vortritt beim Fussgängerstreifen nicht gewährt. Zusätzlich wurde das Tragen der Sicherheitsgurte kontrolliert. 75 (24) Erwachsene und Kinder trugen keine Gurte. Seit 2015 wird diese Aktion dreimal jährlich durchgeführt (nach den Weihnachts-, den Oster- und den Sommerferien).
12.11.	Tag des Lichts	Die bfu (Beratungsstelle für Unfallverhütung) hat in Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Polizeikorps der Schweiz, dem Fond für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» während eines Tages eine Aktion durchgeführt, um die Wichtigkeit der Sichtbarkeit im Strassenverkehr in Erinnerung zu rufen. Die Aktion «Beleuchtung» begann mit dieser nationalen Kampagne. 1753 (1048) Flyer wurden verteilt. 83 (42) Lenker wurden
13.11. – 27.11.	Aktion «LUX» SEE YOU – Mach dich sichtbar	

2.4 Besondere Bereiche

2.4.1 Fahrende

Im Verlauf des Jahres 2015 wurde in 62 Fällen (19) nach der Ankunft von Fahrenden mit insgesamt 910 (256) Wohnwagen auf freiburgischem Gebiet der Einsatz der Polizei verlangt. Sie verbrachten 271 (128) Tage in unserem Kanton. Eine Besonderheit stellten im vergangenen Jahr die Aggressivität der Fahrenden und die Anzahl der Verhandlungen infolge ihrer häufigeren Standortwechsel dar. Neu war für die Polizei auch, dass sie direkt mit den Landbesitzern, meist Landwirte, verhandelten, was das Gespräch mit den Behörden schwieriger gestaltete. Fazit ist, dass die Polizeieinsätze mehr Ressourcen erforderten, da die Anzahl der Wohnwagen bei den Standortwechseln grösser war. Es ist zu erwähnen, dass der Kanton mit dem Bund im Jahr 2013 eine Vereinbarung unterzeichnet hat, um auf der A12, Joux-des-Ponts, Sâles, einen Rastplatz für die Fahrenden zu errichten. Diese multifunktionale Infrastruktur dürfte ab Frühling 2017 zur Verfügung stehen.

2.4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe (GRIF) hat im Jahr 2015 in 36 Fällen (27) für 36 (41) Persönlichkeiten Personenschutz geleistet, davon 15 (24) Vertreter der Bundesbehörden und 21 (17) ausländische Persönlichkeiten auf Besuch in unserem Land.

2.4.3 Ausschaffungen

Im Jahr 2015 hat die Kantonspolizei in 5 (9) Fällen aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer zurück in ihr Heimatland begleitet. Zurzeit sind 22 Beamte, davon 6 Frauen, für solche Aufträge ausgebildet.

2.4.4 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum täglichen Polizeidienst sind die Polizeibeamten bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienst-Kompanie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Personalbestand verändern. Sie wird für Kaderleute grundsätzlich nicht angewendet.

Um im Falle von Grossveranstaltungen über eine einheitliche Ausbildungs- und Einsatzmethode zu verfügen, haben sich die Westschweizer und das Tessiner Polizeikorps in einer Gruppierung für den Ordnungsdienst zusammengeschlossen, die unter der Bezeichnung GMO (Groupement romand de maintien d'ordre) bekannt ist.

Im vergangenen Jahr standen 716 (803) Beamte in 21 (20) Fällen für den Ordnungsdienst im Kanton im Einsatz, darunter waren 9 (17) Eishockeyspiele des HC Freiburg Gottéron, 1 (2) Fussballspiel und 11 (1) Einsätze bei verschiedenen Veranstaltungen. Dies entspricht insgesamt 4586 (4692) Einsatzstunden. Im Rahmen von Sportveranstaltungen sprachen Freiburger Klubs 8 (20) Stadionverbote und die Polizei 2 (12) Rayonverbote aus.

Unter der Leitung des GMO standen 23 (45) Beamte im Rahmen des WEF 2015 (World Economic Forum) und im Tessin (Eishockeyspiele der Klubs von Lugano und Ambri-Piotta) für zwei Sportveranstaltungen am gleichen Wochenende im Einsatz. Dabei leisteten sie 2304 (1440) Stunden.

2.4.5 Polizeihunde

	2014	2015
Anzahl Hunde	18	15
Anzahl Einsätze, davon:	665	622
Verhaftungen und/oder Auffinden von Diebesgut	38	35
Beschlagnahmen durch Drogenspezialisten	86	95
Personensuche	0	0

	2014	2015
Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	5	5

In 42 Fällen bei Interventionen (Fährte – Suche von Gegenständen – Durchsuchen von Gebäuden – Schutzarbeit) und in 46 Fällen bei der Suche nach Drogen war der Einsatz des Hundes von Erfolg gekrönt.

2.4.6 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung bewältigte im Verlaufe des Jahres 2015 folgende Aufgaben:

	2014	2015
Verkehrslektionen in Schulen und Instituten	1336	1350
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Kinder)	1229	1224
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Erwachsene)	518	508
Prüfung zur Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1164	1133
Verkehrsunterricht für Minderjährige (Verzeigt wegen SVG-Vergehen)	6	7

2.4.7 Sektor Kommunikation und Prävention

2.4.7.1 Tätigkeit

Im Jahr 2015 befasste sich der Sektor Kommunikation und Prävention mit folgenden Medienaktivitäten:

	2014	2015
Pressemitteilungen	909	706
Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos	12	13
Anfragen von Journalisten	908	941
SMS-Alarmmeldungen über aktuelle Ereignisse	12	10

Ausserdem besuchten 160 711 Personen unsere Webseite. Die Kantonspolizei verfügt erst seit dem 31. Juli 2015 (Datum der Migration auf das Internetportal www.fr.ch) über statistische Erhebungen.

Auf dem gesamten Kantonsgebiet wurde mit Informationsständen Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Der Sektor Kommunikation und Prävention wirkte insbesondere an folgenden Veranstaltungen mit:

03.–08.02.	Start! Forum der Berufe
26.04.	slowUp Murtensee
06.06.	20. Jubiläum «Jeunes sapeurs-pompiers de la Gruyère» in La Tour-de-Trême
19.06.	Töff-Treff Löwenberg – Treffen von Motorradfahrern
12.07.	slowUp de la Gruyère
02.-06.09.	SeislerMäss in Tavers
16.09.	Animationen anlässlich der Mobilitätswoche
26.09.	Tag der Zweisprachigkeit
21.11.	Corrida bulloise
27.11.–14.12.	9 Informationsstände zur Diebstahlprävention in Einkaufszentren des Kantons

2.4.7.2 Besondere Ereignisse

2.4.7.2.1 Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos

Im Jahr 2015 organisierte die Polizei 13 Pressekonferenzen/Presseorientierungen. Nebst den traditionellen Pressekonferenzen betreffend die Verkehrsstatistik, die Kriminalität und die öffentliche Sicherheit (März) sowie die Murtenseeüberquerung (Juli) begrüßte der Sektor Kommunikation und Prävention die Journalisten bei folgenden Gelegenheiten: offizielle Wiedereröffnung der renovierten Polizeiposten von Düdingen und Charmey (März und April), Box-Affäre – Ermittlung infolge Tags (Schriftzüge) und Graffitis (März), Massnahme Umbrella infolge von Unwettern (Mai), interkantonaler Marsch der Polizeiaspirantenschulen der Westschweiz und des Tessins (Juni), Ortsbesichtigung anlässlich von Massnahmen infolge von Hitzetagen – Helios (Juli), Ermittlungen wegen Brandfällen im Sense-Oberland (August), informelles Medientreffen (September) und Prävention betreffend Betrugsfälle des Typs «Social Engineering» (November).

2.4.7.2.2 Verkehrssicherheits-Kampagnen

Im Jahr 2015 wurden mehrere Verkehrssicherheits-Kampagnen durchgeführt. Der Sektor Kommunikation und Prävention wirkte unter der Leitung der Gendarmerie mit und arbeitete mehrere Medienmitteilungen aus, die er über die sozialen Netzwerke veröffentlichte. Hauptthemen waren insbesondere: der Schulbeginn (Kontrollen in der Nähe von Schularealen), die Ausrüstung der Fussgänger, Velofahrer und Fahrzeuge (Kampagne «See you – mach dich sichtbar») sowie die Aufteilung der Strassenfläche. Diesbezüglich wurde im April eine Presseorientierung zur Kampagne «Bleib cool und teile die Strasse» organisiert.

2.4.7.2.3 Präventionskampagne gegen die Kriminalität

Wie bereits letztes Jahr wurden in Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen zwei Präventionskampagnen zur Kriminalität durchgeführt. Die erste Kampagne von Juli und August hatte Einbrüche während der Urlaubszeit zum Thema. Die zweite Kampagne vom November hatte zum Ziel, die Öffentlichkeit auf Einbrüche in der Dämmerung aufmerksam zu machen. Die Präventionsbotschaften wurden mit Plakaten und Flyern sowie über die Medien vermittelt.

Während der Festtage am Jahresende wurde eine Kampagne durchgeführt, um Diebstählen in Einkaufszonen vorzubeugen. Ihre Umsetzung erfolgte durch eine vermehrte Präsenz von Beamten in Uniform, durch das Verteilen von Plakaten und das Aufstellen von 9 Präventionsständen in verschiedenen Einkaufszentren.

Zudem wurden im Verlaufe des Jahres bei Privatpersonen und Firmen 30 Besuche betreffend Sicherheit durchgeführt, bei denen Präventionsratschläge zu Einbruchdiebstählen erteilt wurden.

2.4.7.2.4 Soziale Medien

Die Kantonspolizei tritt auf verschiedenen sozialen Medien auf: Facebook (seit 15. Oktober 2014): 5322 «Likes», 135 Publikationen; Google+ (seit 3. November 2014): 67 481 Besuche, 306 Abonnenten; Twitter (seit 30. Oktober 2014): 892 Tweets, 646 Abonnenten; YouTube (7293 Besuche, 63 Abonnenten und Issuu (seit 23. Dezember 2014): 25 Publikationen, 4 Abonnenten.

2.4.7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit

Die Kantonspolizei verschaffte zahlreichen Besuchern Einblick in ihre unterschiedlichen Dienststellen. Gesamthaft empfing sie im Jahr 2015 68 Gruppen zu einem Besuch (um die 1300 Personen). Zudem wurden im Verlaufe des Sommers in den Regionen Nord, Süd und Zentrum 20 Ferienpass-Programme durchgeführt. Ausserdem waren die Polizeibeamten an der Animation von zirka 40 Konferenzen zu unterschiedlichen Themen in den Bereichen Sicherheit und Prävention oder aber der Polizei im Allgemeinen beteiligt.

2.4.8 Büro für Waffen und Sprengstoffe

2.4.8.1 Tätigkeit

Im Jahr 2014 war das Waffenbüro unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

	2014	2015
Waffenerwerbsbewilligungen (Zivil)	692	817
Waffenerwerbsbewilligungen (Leihwaffen und Waffenübernahme bei Dienstentlassung – Armee)	205	120
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	68	61
Ausnahmebewilligungen zum Erwerb von Waffen	10	34
Waffentragbewilligungen	46	40
Europäische Feuerwaffenpässe	175	98
Nachträge in europäische Feuerwaffenpässe	35	44
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	15	20
Kontrolle von Waffenhandlungen	2	2
Kontrolle von Sammlern automatischer Waffen	0	6
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln & Feuerwerk Kat. 4	37	16
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	19	16
Kontrolle von Sprengstofflagern (Verwender)	7	3
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln Kat. 2 und 3 (Silvesterfeiern)	68 (9)	82 (11)
Bewilligungen zum Erwerb und Abbrand von Feuerwerk Kat. 4	89	83
Beschlagnahme von Waffen (Fälle)	281	311
Ermittlungen	221	189
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	20	12
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren	24	24
Rückgabe von Gegenständen und/oder Waffen an Besitzer	53	32
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an die Logistikbasis Grolley	6	17
Vernichtung von Waffen	805	425
Waffenabgabe durch Dritte zur Vernichtung	276	230
Abgabe von Munition durch Dritte zur Vernichtung (in Kilogramm)	ca. 300	ca. 250
Abgabe von Sprengstoff zur Vernichtung (in Kilogramm)	170	45
Abgabe von Zündern zur Vernichtung (in Stück)	150	200
Meldung von bereits früher erstandenen Waffen gemäss Art. 42 WG	68	28

2.4.8.2 Besondere Ereignisse

Das Waffenbüro Freiburg unterstützte die Zentralstelle Waffen in Bern aktiv bei der Überarbeitung und Neustrukturierung der Waffenfragenkataloge im Zusammenhang mit den Waffentragprüfungen. Intern wurden die Verfahren zur Erteilung von Bewilligungen aller Art restrukturiert. Dies im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Schweizer Waffenplattform (HPI). Weiter wurde in den drei Regionen je ein Attaché ernannt mit dem Ziel, uns bei der Kontrolle von Waffensammlern zu unterstützen.

2.4.9 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2015 wurden ausgestellt:

	2014	2015
--	------	------

	2014	2015
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal	106	159
Ausübungsbewilligungen	133	186
Betriebsbewilligungen	3	5
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in öffentlichen Gaststätten	13	3
Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in Geschäften	15	0

Zurzeit sind im Kanton Freiburg 16 Sicherheitsunternehmen im Besitz einer Betriebsbewilligung (16).

2.5 Logistik

2.5.1 Informatik und Telekommunikation

Für das Jahr 2015 waren die Schwerpunkte im Bereich Informatik und Telekommunikation folgende:

- > NATOUS: Studie und anschliessende Abgabe eines iPhone-Smartphones an die Mitarbeitenden (Inventar, Konfiguration der Geräte, Ausarbeitung der Bedienungsanleitungen und Nutzungsbedingungen);
- > POLYCOM: Aufbau und Inbetriebnahme des Netzes IBISCUS, Abschlussarbeiten für den Einbau des Funkgerätes in verschiedene Fahrzeuge, Ausbildung der Anwender, Optimierung der Einstellungen diverser Standorte;
- > Abbau der alten Plattform für den analogen Funkbetrieb (Fahrzeuge und Standorte);
- > Ersatz der Telefonzentrale der EAZ: detaillierte Analyse der Anwenderbedürfnisse und Benutzeroberflächen in Koordination mit dem SITel, Eingang des Materials und Beginn der Installationsarbeiten;
- > Redundanz der Informatikinfrastruktur ACC (kantonaler Schutzraum): Einrichtung der Informatik-Infrastruktur in den Räumen (Server-Räume, Arbeitsplätze EAZ);
- > Intranet (Phase 2): Analyse, Bedürfnisabklärung, Inbetriebnahme von SharePoint, technische Tests;
- > Ersatz von 100 Computern (fixe Arbeitsplätze);
- > Studie und Inbetriebnahme von spezifischen Infrastrukturen in der EAZ;
- > Zentrales Informationssystem Zephyr – Benutzeroberfläche FriPers mit Zephyr Consultation: Studie, Analyse, Entwicklung und Tests;
- > Unterhalt und Betrieb der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC;
- > Unterhalt und Betrieb des Netzes POYLCOM (27 Standorte – Antennen, 1560 Endgeräte verschiedener Dienste).

2.5.2 Fahrzeuge

Betrieb und Verwaltung der Fahrzeugparks der Kantonspolizei:

	2014	2015
Autos	225	229
Motorräder	10	11
Schiffe	5	5
E-Bikes	7	7

Die Anschaffung von Hybrid-Fahrzeugen der Marke Toyota Auris wurde fortgeführt. Es werden weiterhin Fahrzeuge mit Energieetikette A oder B bevorzugt.

2.5.3 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhalts der 46 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden mehr als 1000 Arbeitsvorgänge ausgeführt (Auffrischungen, Unterhalt usw.). Es wurden insgesamt 22 (20) Umzüge oder interne Mutationen und 61 (54) mittlere und grössere Projekte realisiert. Ausserdem wurden den Handwerkern des Staates 45 (40) Aufträge erteilt. Wichtigste Projekte:

- > Beginn der Bauarbeiten für das Kommandogebäude in Granges-Paccot;
- > Wiederaufnahme des Dienstbetriebes nach einer Sanierung in verschiedenen Posten (Charmey, Düringen, Farvagny, Orsonnens);
- > Projektstudie für den neuen Posten in Plaffeien;
- > Umzug in den neuen Posten in Châtel-St-Denis nach einer Sanierung;
- > Neue Räume in der Garage – KTK und KAFH, Kriminalpolizei;
- > Sanierung der Waschanlage und der Hundezwinger, EZG Zentrum;
- > Einrichtungsarbeiten im Schutzraum Châtillon;
- > Anpassung der Sicherheitsnormen in den Zellentrakten der EZG Region Süd und Nord;
- > Neues Schliesskonzept für die gesamte Kantonspolizei (1000 Schlüssel);
- > Sanierung der Büros diverser Dienstzweige der Kriminalpolizei;
- > Interner Umzug des Sekretariats, des Kommandos und der EGN im EZG Region Süd;
- > Sanierung der Fassaden und Abläufe des Betriebsraumes, Bapol.

2.5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Der Sektor Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung sowie für die Bewaffnung der Kantonspolizei. Er ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule.

Für das Jahr 2015 ist Folgendes hervorzuheben:

- > Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe UNIMATOS für die Neuausschreibung der Uniform RT, Auswertung der eingegangenen Offerten;
- > Nachrüsten der kollektiven Schutzwesten mit einer Polyethylen-Rückenschutzplatte;
- > Ausrüstung der Ordnungsdienst Einheit ELI mit einem neuen Einsatzstock PR-24;
- > Ausrüstung der Einsatzfahrzeuge (G + PS) mit einer Sonnenblende-Identifikationsplakette «POLICE»;
- > Beurteilung Einsatz-Tenue für Instrukturen.

2.5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2015 erstellte die Buchhaltung der Kantonspolizei gestützt auf die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) 18 996 Rechnungen (2014: 19 362). Ein Totalbetrag von 5 528 021 Franken wurde in Rechnung gestellt (2014: 5 230 740 Franken).

3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

Amtsvorsteher: Jean-Denis Chavaillaz

3.1 Auftrag des Amtes

Der Auftrag des Amtes ist es, die Tätigkeiten des Bevölkerungsschutzes zu koordinieren und die Führung im Falle eines Einsatzes sicherzustellen, den Zivilschutz und die Militärangelegenheiten zu verwalten sowie den Unterhalt der dem Kanton gehörenden Militärgebäude zu garantieren.

3.2 Bevölkerungsschutz

3.2.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Vorentwurf der im BevSG vorgesehenen «Verordnung über die Kommunikation bei ausserordentlichen Ereignissen» wurde in Vernehmlassung gegeben.

Im Rahmen des durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) initiierten Projektes «Schutz kritischer Infrastrukturen» wurde die 2013 begonnene Erhebung der kritischen Infrastrukturen weitergeführt. Das KFO hat die

Datenbank der Freiburger kritischen Infrastrukturen genehmigt und diese wurde dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) übergeben.

Der Steuerungsausschuss des Projektes POLYCOM hat beschlossen, die Leitung der Gruppe zum Betrieb von POLYCOM dem Bevölkerungsschutz zu übergeben. Es geht hier darum die Bedürfnisse der Benutzer zu koordinieren, namentlich in den Bereichen der Taktik und der Systementwicklung.

Nach den Arbeiten zur Erneuerung der Infrastruktur des ACC, namentlich in den Bereichen Informatik und Sicherheit (Elektrizität, Einbruch, Feuer usw.), sowie jenen zum Empfang von POLYCOM und GSM in der Anlage, konnte das ACC offiziell mit Genehmigung des BABS übernommen werden. Zudem wurde die ganze Telefonie auf VoIP migriert.

Der 2009 aufgeschaltete Internetauftritt im Katastrophenfall (www.fr.ch/Katastrophe), der zur Information der Bevölkerung in einem ausserordentlichen Ereignis dient, wurde vollständig überarbeitet. Von nun an gibt er Grundinformationen und Verhaltensempfehlungen über alle in der Risikoanalyse erkannten Risiken.

3.2.1.1 Übungen

In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai 2015 hat der Bevölkerungsschutz eine Übung des Planes ORANGE durchgeführt. Die Übung «JANUS» simulierte einen Zugsunfall im Tunnel Vauderens mit Einsatz der Blaulichtorganisationen und Verstärkung der SBB. Dank dem Einsatz von zirka hundert Statisten hat sie erlaubt, die Führung und den Einsatz von ungefähr 200 Einsatzleuten zu üben.

Zusätzlich zu dieser Übung fand am 19. November 2015 eine Übung nur zur Mobilisation des Planes ORANGE statt. Es ging hauptsächlich darum, die Aufstellung des Führungsdorfes zu testen.

3.2.1.2 Kantonales Führungsorgan

Das kantonale Führungsorgan (KFO) hat 2015 sechs ordentliche Sitzungen abgehalten.

Gemäss dem beschlossenen regelmässigen Wechsel zwischen Übungen und Ausbildung haben die KFO-Mitglieder dieses Jahr eine zweitägige Ausbildung absolviert, um ihre Führungkenntnisse zu verbessern. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des BABS gegeben.

Die KFO-Spezialisten wurden zum Jahresrapport vom 19. Juni 2015 eingeladen, wo sie über Neuigkeiten im Bereich Bevölkerungsschutz informiert wurden. Zudem wurden sie zu Ausbildungsmodulen eingeladen, welche sie gemäss Schulungskonzept zu absolvieren haben. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) während einer Woche im Landwirtschaftlichen Institut von Grangeneuve gegeben. Die Schwerpunkte der Ausbildungswoche waren Führungstätigkeiten und ihr möglicher Nutzen für das KFO.

Der Bevölkerungsschutz hat im Rahmen eines Kurses für die Nachrichtenoffiziere und Führungsgehilfen des KFO die Weiterbildung der KFO-Nachrichtenzelle weitergeführt.

Am 10. September 2015 hat eine Delegation des KFO an der Übung FORMATION VI der Ter Reg 1 teilgenommen. Diese diente dazu, das KTVS FR auf seine Reaktionsfähigkeit auf die Unterstützungsbegehren des KFO zu testen.

3.2.1.3 Gemeindeführungsorgane

Mit dem Inkrafttreten der Reorganisation des Amtes für Bevölkerungsschutz und Militär wurde die Ausbildung des GFO durch die dem Bevölkerungsschutz zugewiesenen Instruktoren des Zivilschutzes wahrgenommen. Im Rahmen einer durch den Bevölkerungsschutz gegebenen dreiwöchigen Ausbildung wurden die Instruktoren auf diese neue Aufgabe zugunsten der Gemeinden vorbereitet.

Auf den 01.01.2015 haben die GFO von Ueberstorf und Wünnewil-Flamatt zum GFO Untere Sense fusioniert.

Am 8. Mai 2015 fand ein eintägiges Seminar für die GFO-Chefs statt. Die angegangenen Themen waren «POLYCOM für die GFO», der Austausch der Dokumente, der Risikokatalog sowie eine Information über die Überschwemmungen von 2014 im Kanton Bern.

Der Jahresrapport der GFO-Chefs wurde am 4. Dezember 2015 in der Autobahnraststätte «Rose de la Broye» (Lully) abgehalten. Auf diese Weise konnten die Chefs über durchgeführte Arbeiten in den Bereichen KFO,

Bevölkerungsschutz und GFO, sowie über die durch die Sektion für Gewässer erstellten neuen Gefahrenkarten informiert werden.

Der Bevölkerungsschutz führte Übungen für das GFO Vully Fribourgeois und das GFO Region Murten durch.

Um den Vorbereitungsstand der GFO objektiv zu ermitteln, wurde eine operationelle Bewertung eingeführt. Die 1. Phase, die operationelle Bewertung, wurde von der Hälfte der GFO durchgeführt. Die 2. Phase, in der die GFO im Rahmen einer Übung bewertet werden, wird in den kommenden Jahren durchgeführt. Die Resultate dieser Bewertungen werden dem zuständigen Gemeinderat und dem Chef GFO vorgestellt und gemeinsam besprochen.

3.2.1.4 Einsatzpläne

Folgende Einsatzpläne wurden erstellt und durch das KFO genehmigt:

- > «Hitzewellen», der Ereignisse des Typs «Trockenheit» und «Hitzewelle» abdeckt;
- > «Wasseralarm», der die Massnahmen bei einem Talsperrenbruch beschreibt, namentlich die Not-Evakuierung der Bevölkerung;
- > «Ausbreitung radioaktiver Stoffe in Fliessgewässern» wurde auf Anfrage der NAZ erstellt;
- > Pilot-Einsatzplan StFV für den Standort von Multigas in Domdidier, als Ergänzung zum Einsatzplan, der durch das Unternehmen erstellt wird und der Feuerwehr dient. Ein gleicher Plan wird mit dem Autobus-Bahnhof der TPF erstellt.

Zur Konkretisierung des Einsatzplanes «Stromversorgungsunterbruch» hat der Bevölkerungsschutz unter Einbezug der Stromversorger des Kantons (Groupe E, Gruyère Energie, EW Jaun und IB Murten) die Arbeiten zur Erstellung der Ablastpläne weitergeführt. Diese sollen es gemäss der zur Verfügung stehenden Strommenge ermöglichen, eine gerechte Stromversorgung der Bevölkerung sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen zu garantieren.

Auf Antrag des KFO wurden die Arbeiten zur Redaktion des Einsatzplanes «Ausfall der Informationsnetze» aufgenommen. Dieser Plan soll es erlauben, einem Unterbruch der Telefon- und Informatiknetze sowie dessen Folgen (Unmöglichkeit zu informieren) zu begegnen.

3.2.2 Ausserordentliche Ereignisse

Um den starken Niederschlägen im Süden des Kantons und der darauf folgenden Erhöhung der Murten- und Neuenburgerseepegel zu begegnen, setzte die Kantonspolizei von 5. bis 11. Mai das Dispositiv UMBRELLA ein. Obwohl dieser Einsatz als unter der Auslöseschwelle des Planes ORANGE eingestuft wurde, hat das KFO eine nachträgliche Analyse durchgeführt und Konsequenzen zu seiner Planung gezogen.

Die Hitzewellen und Trockenheitsperiode, die grob vom 1. Juli bis 14. August dauerte, erforderte das Aufbieten einer Führungsstruktur des Typs Plan ORANGE. Während das KFO wöchentlich die mögliche Lageentwicklung analysierte, hat der KP HELIOS den Einsatz geleitet und die notwendigen Massnahmen getroffen. Darunter sind das Feuerverbot im Freien und das Verbot des Abbrennens von Feuerwerk sowie die Koordination der Wasserversorgung in den Alpen durch private Helikopterunternehmen und die Armee.

3.3 Zivilschutz

3.3.1 Auftrag

Der Zivilschutz führt die kantonalen Aktivitäten des Zivilschutzes in den Bereichen der Infrastruktur, des Materials und der Alarmierung. Er koordiniert und führt die Ausbildung der Schutzdienstpflichtigen, garantiert die Verwaltung der Interventionseinheiten und bereitet die Einsätze vor.

3.3.2 Ordentliche Tätigkeit

3.3.2.1 Verwaltung und Informatik

Der Kanton Freiburg ist in der nationalen Arbeitsgruppe PISA-Zivilschutz vertreten und ist einer der 3 Pilotkantone in der diesbezüglichen Testphase. Die Migration von der Verwaltungsapplikation OM in die neue Plattform PISA wurde am Wochenende vom 22. und 23. August 2015 mit Erfolg durchgeführt. Seit Ende August werden die schutzdienstpflichtigen Personen sowie die Kurse in dieser zentralen Datenbank geführt. Somit können die

geleisteten Dienstage auf nationaler Ebene kontrolliert werden. Die Kursbuchhaltung wird weiterhin mit der Applikation OM durchgeführt.

3.3.3 Disziplinarwesen²

Dienstversäumer Zivildienstkurse	29 (40)
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung	8 (18)
Verwarnung (leichte Fälle)	2 (2)
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz	13 (20)
Strafen/Entscheide	9 (14)
Hängige Verfahren	6 (6)

Gegen die erlassenen Strafbefehle wurde keine Einsprache eingereicht.

3.3.4 Ausbildung

Der Bestand des Ausbildungs-, Verwaltungs- und technischen Personals mit Arbeitsplatz in Sugiez belief sich 2015 auf 6,1 Vollzeitangestellte (gegenüber 2014 unverändert).

Grundausbildungsschulen

Im Ausbildungszentrum in Sugiez wurden elf zweiwöchige Grundausbildungsschulen (2014: 9) durchgeführt.

Betreuer	21 (15)
Pionier	62 (57)
Stabsmitarbeiter	17 (15)
Anlagewart	14 (15)
Materialwart	9 (8)
Koch	7 (3)
Total	130 (113)

Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten sowie eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem französisch sprechenden Teil des Kantons Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse im Ausbildungszentrum Sugiez und in den Ausbildungszentren anderer Kantone, d. h. Grône (VS), Spiez (BE, d), Köniz (BE, d), Couvet (NE), Aarwangen (BE, d) und Bernex (GE), durchgeführt.

Funktion	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg	Teilnehmer aus anderen Kantonen	Total	Ausbildungszentrum
Zugführer Unterstützung	6		6	Couvet, Spiez
Zugführer Betreuung	2		2	Bernex
Rechnungsführer	2		2	Spiez
Gruppenführer Unterstützung	17		17	Bernex, Couvet, Spiez
Gruppenführer Betreuung	11	14	25	Spiez, Gollion
Chef logistisches Element	3		3	Spiez,
KGS-Spezialist	4		4	Köniz, Bernex
Fahrer	8		8	Sugiez

² Vorjahreszahlen in Klammern

Funktion	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg	Teilnehmer aus anderen Kantonen	Total	Ausbildungszentrum
Führungsgehilfe KFO	12		12	Sugiez
Kurse des Bundes	20		20	Schwarzenburg
Kurse für Ausbildungspersonal	1		1	Schwarzenburg
TOTAL	86	14	100	

Die Besetzung des Ausbildungszentrums in Sugiez belief sich im Jahre 2015 auf 5517 Manntage (2014: 4886), wovon 2020 auf Partnerorganisationen und Privatleute entfallen.

3.3.5 Organisation

Anlässlich des Kommandantenrapportes, welcher im Dezember während eines Tages durchgeführt wurde, haben der kantonale Zivilschutzstab sowie die Kommandanten der drei Einsatzkompanien und deren Stellvertreter die Bilanz des abgelaufenen Jahres gezogen und die Dienstleistungen zugunsten der Allgemeinheit im Jahr 2016 vorbereitet.

Rekrutierung 2015

Rekrutierungszentrum	Stabsmitarbeiter	Betreuer	Pionier	Anlagewart	Materialwart	Koch	Total
Lausanne (f)	24	45	51	8	7	5	140
Sumiswald (d)	17	29	27	10	4	4	91
Total	41	74	78	18	11	9	231
2014							245

Wiederholungskurse

Während des Jahres 2015 wurden 146 (176) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 5183 Manntage geleistet (5080). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Allgemeinheit und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren, welches im ABSM für die Militärdienstpflichtigen angewandt wird, gehandhabt. Von den 2480 (2287) erstellten Aufgebotsen wurden 311 (452) Dispensen gewährt, 28 wurden abgelehnt. 8 Pflichtige legten ihren Dienst aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab, während 14 nicht eingerückt sind.

3.3.6 Bauten und Material

Unterhalt der Schutzbauten und des Materials

Aufgrund von eingereichten Belegen wurde bestimmten Gemeinden die Bewilligung erteilt, Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen über den Ersatzbeitragsfond zu finanzieren.

In folgenden Schutzanlagen wurde 2015 eine periodische Kontrolle durchgeführt:

Anlage	Typ	Resultat
Les Montets	BSA II	Betriebsbereit
La Roche	BSA II	Betriebsbereit
Courtepin	BSA II	Betriebsbereit
Domdidier	KP II / BSA II	Betriebsbereit
Charmey	KP III / BSA II	Betriebsbereit
Montagny	BSA II	Betriebsbereit
Jaun	BSA II	Betriebsbereit

Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar zeigten 2 (von total 258) Sirenen Mängel auf. Diese wurden umgehend behoben.

Schutzbauten

Private Schutzräume	
Projektierte Schutzräume	134
Total Schutzplätze	7995
in 102 Pflichtschutzräumen	5270
in 32 Sammelschutzräumen	2725
Realisierte Schutzräume	108
Total Schutzplätze	6179
in 81 Pflichtschutzräumen	3501
in 27 Sammelschutzräumen	2678
Laufende Projekte	398
Anzahl einkassierte Schutzplätze	2870
Einkassierte Ersatzbeiträge	2 296 000 Franken
Öffentliche Schutzräume	
Genehmigte Projekte	10
Anzahl genehmigte Schutzplätze	1746
Realisierte Schutzräume	5
Anzahl realisierte Schutzplätze	1528

3.3.7 Besonderes

Im Rahmen von Katastropheneinsätzen wurden insgesamt 635 Manntage geleistet. Im Frühling, anlässlich der Überschwemmungen (Einsatz «UMBRELLA») und im Sommer, in der Trockenperiode (Einsatz «HELIOS»).

3.4 Militärverwaltung

3.4.1 Auftrag

Das Kreiskommando verwaltet die im Kanton wohnhaften Armeeangehörigen, führt die Prozesse betreffend Rekrutierung und Entlassungen, behandelt die Dienstverschiebungsgesuche sowie das Disziplinar- und Strafwesen und verwaltet das Schiesswesen ausser Dienst.

Das Büro für Wehrpflichtersatz gewährleistet das Einforderungs- und Betreibungswesen des Wehrpflichtersatzes aller Ersatzpflichtigen des Kantons.

3.4.2 Ordentliche Tätigkeit

3.4.2.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im Jahr 2015 93 Freiburger oder im Kanton wohnhafte Offiziere befördert: sieben Oberste, zehn Oberstleutnants, zehn Majore, acht Hauptleute, achtundzwanzig Oberleutnants und dreissig Leutnants.

3.4.2.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2015 wurden von 790 eingereichten Gesuchen 715 Dienstverschiebungen angenommen (90,5 %) und 75 abgelehnt (9,5 %). 38 Wiedererwägungsgesuche wurden behandelt.

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	3,2 %
Studium	49,3 %
Berufliche Gründe	22,3 %
Berufliche Weiterbildung	10,1 %
Auslandaufenthalt	4,5 %

Ärztliche Gründe	4,6 %
Andere Gründe	6,0 %

Ausserdem wurden 860 Dossiers, welche nicht in unserem Kompetenzbereich stehen, dem Führungsstab der Armee zur weiteren Behandlung zugestellt.

3.4.2.3 Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Subkommission	Rücktritte per 31.12.2015	Ernennungen der Mitglieder für die Amtsperiode 2016–2019
1 FR Saane und Glane	Oberst Roger Stalder	Hptm Michel Bondallaz, président
	Hptadj Christophe Rapin	Hptm Jean Bersier
	Wm Jérôme König	Stabsadj Jérôme Tinguely
2 FR Sense		Hptfw Yoan Tomasin
		Hptm Dominik Clément, président
		Hptm Raphael Marro
		Oblt Pascal Aebischer
		Fw Peter Buntschu
3 FR Greyerz und Vivisbach		Wm Norbert Müller
	Oblt Ludovic Charrière	Oberstlt iGst Cédric Menoud, président
	Adj Uof Gilles Bardet	Maj Grégoire Santschi
		Hptm Julien Grand
		Stabsadj Gregory Magnin
4 FR See		Adj Uof Pablo Gummy
		Maj Fritz Herren, président
		Oberst Franz Schär
		Hptadj Niklaus Goetschi
		Stabsadj Edouard Aegerter
5 FR Broye		Gfr Walter Meer
		Maj Yvan Baechler, président
		Maj William Schmidhäusler
		Hptm Didier Banderet
		Hptm David Girod
		Hptm Yannick Verdon
		Stabsadj Christian Wagner

Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehr-schiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
Jahr	Schützen	Schützen	Schützen	Schützen
2015	6833	4881	800	1728
2014	7068	5222	828	1786
2013	7315	5288	816	1783

Anzahl Jungschützen

2015	486
2014	527
2013	498

Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2015	11
2014	23

3.4.2.4 Disziplinar- und Strafwesen

534 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 442 Strafverfügungen.

4 Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. Drei davon wurden abgewiesen und eine teilweise gutgeheissen.

12 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, einer für ein zweites Versäumnis und einer für ein drittes Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

82 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 22 für ein zweites Versäumnis, 10 für ein drittes Versäumnis und 6 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 2 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

3.4.2.5 Rekrutierung

Orientierungstage

30 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1997 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1054 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache und die 419 deutschsprachigen Stellungspflichtigen haben folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige französischer Muttersprache des Jahrgangs 1997			
Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2016	2,4 %	6,0 %	9,1 %
2017	7,9 %	40,0 %	nicht angeboten (WEA)
2018	13,5 %	18,2 %	nicht angeboten (WEA)
2019	0,4 %	2,5 %	nicht angeboten (WEA)

Stellungspflichtige deutscher Muttersprache des Jahrgangs 1997			
Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2016	1,9 %	6,9 %	9,3 %
2017	11,0 %	46,8 %	nicht angeboten (WEA)
2018	10,3 %	11,9 %	nicht angeboten (WEA)
2019	0,2 %	1,7 %	nicht angeboten (WEA)

Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2015 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1424	450
Diensttaugliche	792 (55,6 %) davon 115 Durchdiener	267 (59,4 %) davon 42 Durchdiener
SD-taugliche	108 (7,6 %)	79 (17,6 %)
Untaugliche	338 (23,7 %)	63 (14 %)
Untaugliche in abs	86 (6,1 %)	18 (4 %)
Zurückgestellte zur Nachrekrutierung	78 (5,5 %)	21 (4,6 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	20 (1,4 %)	2 (0,4 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	2 (0,1 %)	0 (0 %)

Waffenloser Militärdienst

Zwei Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Ein Gesuch wurde zurückgezogen und ein Gesuch wurde bewilligt.

3.4.2.6 Entlassung aus der Wehrpflicht

626 Armeeangehörige der Jahrgänge 1981 (Rest) 1982, 1983, 1984 und 1985 welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2015 aus der Wehrpflicht entlassen.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Armeeangehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 599 bewaffneten Armeeangehörigen haben 93 (15,5 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben: 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1965, die Hauptleute des Jahrganges 1973 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1979, im Gesamten 28 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

3.4.2.7 Wehrpflichtersatz

Der Kanton Freiburg zählte im Jahr 2015 10 354 Ersatzpflichtige (Im Vergleich zu 2004 (Einführung von AXXI) stieg die Zahl der nicht eingeteilten Taxpflichtigen um 61 % und 38 % weniger Militärdienstleistende sind ihrer Dienstpflicht nicht nachgekommen). Ursachen dieser Entwicklung sind die demographische Entwicklung, die Verschiebung der Rekrutenschule sowie die Befreiung aus medizinischen Gründen. Das Jahr 2015 zeigt Parallelen zu den vergangenen Jahren auf: Steigerung der Einnahmen, Beständigkeit der Anträge für Ratenzahlungen, der Mahnungen und der Betreibungsverfahren und Senkung der rückerstatteten Ersatzabgaben.

715 Militärdienstpflichtige und 236 Zivildienstpflichtige wurden im Ersatzjahr 2014 wegen Nichterfüllen der Dienstpflicht der Ersatzabgabe unterstellt.

1051 Ersatzpflichtigen konnte auf Grund geleisteter Dienstage im Ersatzjahr eine Ermässigung der Ersatzabgabe gewährt werden. Die Ermässigung beträgt ein Zehntel pro 50 geleistete Militärdienstage (75 Zivildienstage).

928 Ersatzpflichtigen, die im Zivilschutz Dienst geleistet haben, konnte eine Ermässigung von 4 % für im Ersatzjahr geleistete Tage gewährt werden.

Die Ersatzabgabe beträgt 3 % des taxpflichtigen Einkommens, mindestens aber 400 Franken. Für 3026 Ersatzpflichtige wurde dieser Mindestbetrag berechnet.

427 Ersatzpflichtige wurden wegen körperlicher, mentaler oder psychischer Behinderung oder, weil sie von der IV eine Invalidenrente erhalten, von der Zahlungspflicht befreit.

101 Ersatzpflichtige wurden von der Zahlungspflicht befreit, da sie im Militär- oder Zivildienst Gesundheitsschäden erlitten haben.

212 doppelstaatsangehörige Ersatzpflichtige wurden aufgrund internationaler Abkommen von der Zahlungspflicht befreit.

Die Rückerstattung erfolgt, wenn die Gesamtdienstleistung erfüllt ist. 1314 Rückerstattungsentscheide über einen Gesamtbetrag von 560 549 Franken wurden verfügt, also 3,4 % weniger als 2014.

Es wurde keine Beschwerde gegen einen Entscheid nach Einsprache beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Bezug des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton

	2015	2014
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	7 452 535.82	7 399 350.18
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	560 549.90	580 217.00

	2015	2014
Reinertrag	6 891 985.92	6 819 133.18
Anteil des Bundes (80 %)	5 513 588.74	5 455 306.54
Anteil des Kantons (20 %)	1 378 397.18	1 363 826.64
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	71 329.22	72 340.58
Verrechnete Rückzahlungszinsen	3446.45	2627.80
Rückstände	2 676 547.52	2 523 167.17
Betrag der Verlustscheine	187 800.95	188 909.45

Statistiken

	2015	2014
Veranlagungsverfügungen	15 612	15 964
Entscheide minimale Ersatzabgabe (Fr. 400.–)	3026	3059
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	825	722
Annullierte Ersatzabgaben	19 479.60	7378.01
Erlassene Ersatzabgaben	32 089.05	33 491.30
Ratenzahlungen	1105	1106
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2407	2663
Betreibungsbegehren	724	710
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1314	1395
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	712	592

3.5 Verwaltung der Militärgebäude

3.5.1 Auftrag

Die Verwaltung der Militärgebäude bewirtschaftet die kantonalen Militärbetriebe. Sie kümmert sich um die Personalführung, verwaltet die administrativen und finanziellen Belange und stellt den Unterhalt der Infrastrukturen des Campus Schwarzsee und des Waffenplatzes Freiburg sicher.

Sie betreut auch die Belegungen des Nationalen Ausbildungszentrums des Zivildienstes und plant und steuert die Belegungen im Bereich Sport- und Freizeit im Campus Schwarzsee.

3.5.2 Ordentliche Tätigkeit

3.5.2.1 Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden ausgeführt:

- > Laufender Unterhalt an allen Gebäuden der Kaserne;
- > Abschluss der Einbauarbeiten von verstärkten Waffenkammern in den Gebäuden 3 und 4;
- > Abschluss der Arbeiten zur Sanierung der Duschanlagen im Gebäude 3;
- > Einbau von zusätzlichen Duschanlagen und Sanierung der existierenden Duschen im Gebäude 4;
- > Verbesserung der Beleuchtung in der Offiziersmesse;
- > Anpassung der Kühlkammer im Gebäude 2 an die geltenden Hygienevorschriften;
- > Beginn der Umbauarbeiten von Theorieräumen in Schlafräume im Gebäude 4 und Sanierung der Schlafräume im Gebäude 3 (Böden, Anstrich, Beleuchtung, Lavabos usw.).

Diese Arbeiten sind durchaus notwendig, da der Waffenplatz Freiburg mindestens bis ins Jahr 2022 weiterbetrieben wird und den Soldaten ein angemessener Standard in Sachen Sicherheit und Komfort geboten werden muss.

3.5.2.2 Campus Schwarzsee

Um ab Januar 2016 das Nationale Ausbildungszentrum des Zivildienstes aufnehmen zu können, ist der Campus Schwarzsee vollständig umgebaut worden. Später, ab April 2016, wird der Bereich Sport- und Freizeit den Schulen, regionalen Sportvereinen, Jugend + Sport sowie sonstigen Vereinen und Dritten zur Verfügung stehen.

Folgende Arbeiten wurden ausgeführt:

- > Neubau von zwei Pavillons (C und D) zu je 3 Etagen, in welchen 4er-Zimmer, Sanitäranlagen (Duschen, WC usw.) untergebracht sind. Diese Pavillons sind in erster Linie als Wohnbereich gedacht.
- > Umbau der Massenzimmer im Gebäude B in Klassenräume. Lediglich ein kleiner Trakt wurde als Massenzimmer mit 46 Betten für das Kantonale Sport- und Freizeitzentrum beibehalten. Ein grosser Fitnessraum mit modernen Geräten ist neu auch vorhanden.
- > Umbau und Anpassungen im Gebäude A: Die Küchen wurden den geltenden Hygienevorschriften angepasst. Der neu im Campus ansässige Restaurantbetreiber hat zudem die ihm definitiv zugeteilte Küche nach seinen Bedürfnissen und auf eigene Rechnung umgebaut. Die Essräume wurden ebenfalls saniert. Für die Leiter des Nationalen Ausbildungszentrums des Zivildienstes wurden Einzelzimmer gebaut.

Wenn der gesamte Umbau/Neubau der Anlage Ende März 2016 beendet sein wird, werden die Gesamtkosten der Arbeiten etwa 28 Millionen Franken betragen.

Trotz dieser umfangreichen Bauarbeiten, die sich über das ganze Jahr 2015 hingezogen haben, konnten einige Veranstaltungen im Campus durchgeführt werden: z. B. Vermietung der Aussenplätze, teilweise Vermietung der Turnhalle sowie der alle 2 Jahre stattfindende Rapport der Freiburger Berufsoffiziere usw.

3.5.3 Besonderes

3.5.3.1 Waffenplatz Freiburg

Unterirdische Anlage in Châtillon:

- > Seit Juli 2015 wird die Anlage erneut zur provisorischen Unterbringung von Asylbewerbern genutzt, dies unter der Verantwortung der Direktion für Gesundheit und Soziales des Kantons Freiburg. Die Betreuung der Asylbewerber wurde an die Firma ORS Service AG vergeben und wird durch diese sichergestellt. Diese Belegung soll prinzipiell bis Juni 2016 dauern. Danach wird die Anlage Instand gestellt und durch die Truppe belegt, welche in die Organisation des Eidg. Schwingfestes in Estavayer-le-Lac eingebunden ist.

Kaserne La Poya:

- > Beim Personal des Waffenplatzes Freiburg ist ein Abgang zu vermelden. Es handelt sich dabei um eine Dame im Reinigungspersonal, welche per 01.04.2015 in den Ruhestand getreten ist. Der Posten wurde per 01.06.2015 neu belegt.

Dezentralisiertes Materialdepot des Waffenplatzes Freiburg:

- > Bedingt durch eine interne Mutation im Jahr 2014 ist ein neuer Logistiker angestellt worden. Dieser hat seine Tätigkeit per 01.03.2015 aufgenommen.

3.5.3.2 Campus Schwarzsee

Projekt «Campus Schwarzsee/Lac Noir»

Zur Realisierung und Leitung des Projektes für die Aufnahme des Nationalen Ausbildungszentrums des Zivildienstes wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude hat an mehreren Sitzungen dieser Arbeitsgruppe teilgenommen, die von der SJD und dem Hochbauamt organisiert wurden.

Sie hat ebenfalls die Ausschreibungen und Betriebskonzepte sowie die Vertragsabschlüsse in folgenden Bereichen erarbeitet:

- > Restaurationsbetrieb im Campus: Mandat an Compass Group erteilt;
- > Reinigung der Bettwäsche: Mandat an Hostellerie am Schwarzsee erteilt;

- > Gebäudereinigung: Mandat an BS-Reinigungen Wünnewil erteilt;
- > Unterhalt der Aussenplätze des Campus (Schneeräumung usw.): wird mit eigenem Personal sichergestellt.

Die Gebäudeverwaltung hat im Hinblick auf die umfangreichen Umbauarbeiten im Campus auch den kompletten Umzug und die Lagerung des gesamten bestehenden Mobiliars organisiert. In Zusammenarbeit mit dem Zivilschutz des Kantons hat sie den Abtransport der alten Betten zur weiteren Verwendung (Übergang ins Inventar des Zivilschutzes des ABSM) sichergestellt und zudem 4000 Leintücher und 200 Wolldecken liquidiert (Übernahme durch die Internationale Zivilschutzorganisation OIPC).

- > Beim Personal des Lagers Schwarzsee ist ein Abgang zu vermelden. Es handelt sich dabei um eine Dame im Reinigungspersonal die zugleich als Stellvertreterin des Hauswartes amtierte und per 31.12.2015 gekündigt hat.
- > Als Folge dieser Kündigung wurde aus diesem Stelle (40 %) und der Stelle (35 %), die seit Ende 2014 vakant war eine 75 %-Stelle für einen Hauswart und Stellvertreter des Verantwortlichen vor Ort geschaffen. Die Stelle wurde per 01.04.2015 neu besetzt.

4 Amt für Bevölkerung und Migration

Amtsvorsteher: Pochon Patrick

4.1 Fremdenpolizei

4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

4.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Niederlassungsbewilligungen	2909	2892
Aufenthaltsbewilligungen	5261	4726
Kurzaufenthaltsbewilligungen	2347	2245
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	240	301
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	16 567	15 336

4.1.1.2 Rückreisevisa

	2014	2015
Rückreisevisa	274	261

4.1.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer, ohne Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

	2014	2015
Mit Niederlassungsbewilligungen	41 004	42 465
Mit Aufenthaltsbewilligungen	22 869	23 383
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen	2137	2087
Mit Grenzgängerbewilligungen	705	817
Total	66715	68 752

4.1.1.4 Administrativmassnahmen

	2014	2015
Vom Amt durchgeführte Befragungen	297	296

	2014	2015
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	36	34
Wegweisungsentscheide (illegale Aufenthalte)	283	287
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	23	73
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerungen oder Widerrufe	75	63
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	12	18
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	21	17
Entscheide im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege	4	18
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Entscheide)	203	224
Ausschaffungshaft (vollzogene Entscheide)	139	118
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	32	42
Haftüberprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	60	33
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	35	34
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	62	35
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	28	43
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	49	68
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	8	9
Eingestellte Verfahren	5	11

4.1.2 Besondere Ereignisse

Die gesamte ausländische Wohnbevölkerung im Kanton (alle Bewilligungen, ohne Asylwesen) hat weiter zugenommen, aber weniger stark als in den Vorjahren. Die ausländische Wohnbevölkerung hat sich von Ende 2014 bis Ende 2015 netto um 2037 Personen erhöht gegenüber 3728 Personen im Jahresdurchschnitt von Ende 2010 bis Ende 2014.

In Bezug auf Ausländerinnen und Ausländer, die die Schweiz verlassen müssen, hat die interinstitutionelle Zusammenarbeit 2015 sehr gut funktioniert, und das BMA hat noch nie so viele Ausschaffungen nach einer Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde vollzogen (42 Fälle).

4.2 Asylbereich

4.2.1 Ordentliche Tätigkeit

	2014	2015
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	4	6
Asylsuchende, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	794	1239
Ermittelte Arbeitsbewilligungen	164	91
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	43	54
Vorläufig aufgenommene Personen	221	252
Total der am 31. Dezember im Kanton verweilenden Asylsuchenden	644	1138
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer/innen	896	1050

4.2.2 Besondere Ereignisse

Seit August 2015 erlebt Europa den grössten Migrationsstrom seit dem 2. Weltkrieg. Obwohl der Zustrom in die Schweiz viel geringer ist als im übrigen Europa, hat er zu einer Rekordzahl an dem Kanton Freiburg zugewiesenen Asylsuchenden geführt. Diese stammen mehrheitlich aus Eritrea, Afghanistan und Syrien.

4.3 Ausländische Arbeitskräfte

4.3.1 Ordentliche Tätigkeit

4.3.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2014	2015
--	------	------

	2014	2015
Für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	2815	2741
Für entsandte Arbeitnehmer	2570	2670
Für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	2075	2543

4.3.1.2 Vorentscheide bezüglich Angehörige der EU-2 Staaten

	2014	2015
Jahresaufenthaltsbewilligungen	14	7
Kurzaufenthaltsbewilligungen	90	122
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	38	59
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen EU	167	132

4.3.1.3 Vorentscheide bezüglich Angehörige von Drittstaaten

	2014	2015
Jahresaufenthaltsbewilligungen	21	32
Kurzaufenthaltsbewilligungen	53	49
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	31	201
Bewilligungen für Künstler (Musiker)	96	111

4.3.1.4 Weitere Entscheide

	2014	2015
Verweigerungsentscheide	135	96
Entscheide nach Einsprache	6	13

4.3.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG können Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abgewiesen oder nur teilweise bewilligt werden; diese Sanktion kann auch angedroht werden.

	2014	2015
Verwarnungen	5	14
Mahnungen/Androhungen	48	55
Suspendierungen/Verweigerungen	23	22

4.3.2 Besondere Ereignisse

2015 galten die Begrenzungsmaßnahmen für die Zulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt für keine anderen Arbeitnehmer aus dem EU-Raum mehr als für die Staatsangehörigen von Rumänien und Bulgarien.

4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten

4.4.1 Ordentliche Tätigkeit

4.4.1.1 Ausgestellte Dokumente

	2014	2015
Biometrische ordentliche Pässe	24 514	25 443
Identitätskarten	34 799	37 265
Provisorische Pässe	588	636
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	339	471
Biometrische Ausländerausweise	11 314	11 657

4.4.2 Besondere Ereignisse

Nach einer schon sehr grossen Nachfrage im Jahr 2014 sind 2015 noch mehr Dokumente für Schweizer Bürger ausgestellt worden (+ 3,9 % Pässe und + 7 % Identitätskarten). Diese Zunahme ist namentlich auf die Verlängerung von Kinderausweisen zurückzuführen, deren Gültigkeitsdauer auf fünf Jahre verkürzt wurde. Dies gilt sowohl für die ersten biometrischen Pässe der Generation 2010 als auch für die häufig zusammen mit den Pässen bestellten Identitätskarten.

5 Amt für Gewerbepolizei

Amtsvorsteher: Alain Maeder

5.1 Öffentliche Gaststätten

5.1.1 Laufende Aktivitäten

5.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Patente A für das Hotelliergewerbe	-	10
Patente B für Betriebe mit Alkohol	12	22
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	2	2
Zusatzpatente E für Hotelbars	2	1
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	5	6
Sonderpatente H	13	10
Patente I für hotelähnliche Betriebe	2	7
Patente T für Traiteurs	9	11
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	214	226
Patenterneuerungen	525	599
Namensänderungen	47	44
Patenterweiterungen	30	24

5.1.1.2 Administrative Massnahmen

	2014	2015
Nicht-Erneuerungen von Patenten	4	4
Patententzüge	5	3
Patentverweigerungen	3	3

5.1.1.3 Anzahl der Patente für öffentliche Gaststätten

	2014	2015
Patente A für das Hotelliergewerbe	153	124
Patente B für Betriebe mit Alkohol	612	640
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	18	20
Patente D für Diskotheken oder Kabarett	23	22
Zusatzpatente E für Hotelbars	17	16
Patente F für Nachtrestaurants	4	4
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	105	105
Sonderpatente H	464	470

	2014	2015
Patente I für hotelähnliche Betriebe	109	110
Patente T für Traiteurs	69	74
Patente U für Bars, die einem Prostitutions-Salon angegliedert sind	-	-
Total	1574	1585

5.1.1.4 Passivrauchen

	2014	2015
Bewilligte Raucherräume	84	82

5.1.1.5 Obligatorische Ausbildung

	2014	2015
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Französisch absolviert haben	92	125
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Deutsch absolviert haben	8	16
Personen, denen das Wirtfachdiplom ausgehändigt wurde	76	104

5.1.1.6 Teil-Ausbildung

	2014	2015
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Französisch absolviert haben	16	13
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Deutsch absolviert haben	5	3
Personen, die den Test für Patentinhaber G oder T bestanden haben	17	15
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Französisch besucht haben	13	24
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Deutsch besucht haben	11	6
Personen, die den Test über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten bestanden haben	23	28

5.1.2 Besonderes Ereignis

Eine Umfrage bei allen Inhabern eines Patents A für das Hotelleriegewerbe führte zu einer Anpassung der Patentkategorie bei allen Betrieben, die keine Zimmer mehr anbieten. Die Hotelleriestatistiken, die aufgrund der Zahl der Patente A erstellt werden, entsprechen so in Zukunft eher der Realität.

5.2 Alkoholhaltige Getränke

5.2.1 Laufende Aktivitäten

5.2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	61	40
Kioske und Tankstellenshops	12	3

5.2.1.2 Administrative Massnahmen

	2014	2015
Abgelehnte Patentanfragen	2	-

5.2.1.3 Zahl der Patente für den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken

	2014	2015
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	423	418

	2014	2015
Kioske und Tankstellenshops	73	79

5.3 Lotterien und Kollekten

5.3.1 Laufende Aktivitäten

5.3.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Kleine Lotterien	76	66
Kollekten	90	103

5.4 Spielautomaten

5.4.1 Laufende Aktivitäten

5.4.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Geschicklichkeitsspielautomaten	287	355
Unterhaltungsapparate	137	181

5.5 Spielsalons

5.5.1 Laufende Aktivitäten

5.5.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Patente für Spielsalons	-	-

5.5.1.2 Anzahl der Bewilligungen für Spielsalons

	2014	2015
Patente für einen Spielsalon	-	-

5.6 Prostitution

5.6.1 Laufende Aktivitäten

5.6.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	12	11

5.6.1.2 Administrative Massnahmen

	2014	2015
Verweigerung von Bewilligungen	1	1
Entzug von Bewilligungen	-	-

5.6.1.3 Anzahl der Bewilligungen

	2014	2015
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	23	26

5.7 Gewerbe der Reisenden

5.7.1 Laufende Aktivitäten

5.7.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2014	2015
Bewilligungen für das Reisengewerbe	22	13
Bewilligungen für die Aktivität an einem Jahrmarkt oder in einem Zirkus	4	3

5.8 Konsumkredit

5.8.1 Laufende Aktivitäten

5.8.1.1 Anzahl der Bewilligungen

	2014	2015
Berufliche Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber	10	12

5.9 Risikoaktivitäten

5.9.1 Aktuelle Aktivitäten

5.9.1.1 Ausgeteilte Bewilligungen

	2014	2015
Bewilligungen für das Ausführen von Risikoaktivitäten	22	29

5.10 Masse und Gewichte

5.10.1 Laufende Aktivitäten

5.10.1.1 Überprüfte Messgeräte

	2014	2015
Waagen für offene Verkaufsstellen	477	717
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1035	1151
Fahrzeug- und Geleisewaagen	50	28
Spezialwaagen	76	94
Automatisch funktionierende Waagen	17	23
Preisauszeichnungswaagen	252	250
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	801	1005
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	1	2
Volumenmessanlagen für Lebensmittel	31	34
Längenmasse	1	1
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	361	339

5.10.1.2 Kontrollen von Fertigpackungen

	2014	2015
Gleiche Nennfüllmenge	408	282
Zufallspackungen	95	308

5.10.1.3 Marktüberwachung

	2014	2015
Öffentliche Verkaufsstellen	118	136

5.11 Preisbekanntgabe

5.11.1 Besonderes Ereignis

In diesem Jahr wurde eine nationale Sensibilisierungskampagne zur Anschrift der Preise in Schaufenstern nach den vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) festgelegten Zielen durchgeführt. Im Verlauf der Kampagne konnte erfreulicherweise festgestellt werden, dass die Mehrheit der 394 geprüften Geschäfte im Kanton die Preise korrekt angibt.

6 Amt für Justiz

Amtsvorsteherin: Lise-Marie Graden

6.1 Aktivitäten

6.1.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Nadine Aebischer, Adrienne Barras, Sophia Bondallaz, Valérie Bourqui, Pauline Descloux, Valérie Do, Aïda Fahim, Rebekka Jutzet, Marine Largent, Thérèse Luchinger, Sandra Martins, Delphine Rey-Bellet, Jennifer Tapia, Cécika Thakoor, Lorraine Vallet, Cyrielle Verdon, Larissa Wohlhauser, Guillaume Bénard, Moritz Bernal, Sébastien Bossel, Bart Burba, Lorenz Cloux, Emmanuel Dénervaud, Adrien De Steiger, Amir Dhyaf und Özgür Imrak.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	13
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	9
Beschwerden und Anzeigen	12
Befreiung vom Berufsgeheimnis	5
Praktikumsbewilligungen	42
Herabsetzung der Praktikumsdauer	8
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	1

Es waren am 31. Dezember 2015 tätig:

Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte	195
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	6
Anwaltspraktikanten	127

6.1.2 Notariat

Am 31. Dezember 2015 gab es 48 praktizierende Notare, darunter 5, welche gemäss Gesetz über das Notariat nicht in die Höchstzahl der zugelassenen Notare eingerechnet werden. Damit ist die gesetzliche Höchstzahl erreicht.

6.1.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 hat das Amt für Justiz 1382 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Kantonsgericht	1	92	93
Bezirksgericht Saane	5	536	541
Bezirksgericht Sense	-	58	58

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Bezirksgericht Greyerz	1	210	211
Bezirksgericht See	-	81	81
Bezirksgericht Glane	1	85	86
Bezirksgericht Broye	-	81	81
Bezirksgericht Vivisbach	-	63	63
Friedensgerichte	1	167	168
Insgesamt	9	1373	1382

Im Jahr 2015 wurden 1069 Kostenlisten von Anwälten und von Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte im Gesamtbetrag von 2 803 084 Franken bezahlt (im Jahr 2014: 3 199 283 für 1115 Kostenlisten).

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 ZPO kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahr 2015 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 354 538 Franken erzielt.

6.1.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, welche seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor welcher das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 hat das Amt für Justiz 597 Entscheide betreffend die unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 584 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 2 246 904 Franken bezahlt.

Bis Ende 2013 wurden die Rechnungen nach Genehmigung des Amts für Justiz von den Strafvollzugsbehörden bezahlt. Seit 2014 übernimmt das Amt diese Zahlungen und entlastet so die Gerichtsbehörden von dieser Aufgabe.

6.1.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 hat das Amt für Justiz 84 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 66 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 120 556 Franken bezahlt.

6.1.6 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2015 wurden 18 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt, hingegen keine Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden.

6.1.7 Mediation

6.1.7.1 Die Kommission für Mediation in Zivil, Straf- und Jugendstrafsachen

Diese Kommission übt die Oberaufsicht über diejenigen Personen aus, die der Verordnung über die Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen unterstellt sind, d. h. diejenigen vereidigten Mediatorinnen oder Mediatoren, welche im Rahmen eines Gerichtsverfahrens tätig werden.

Die Kommission entscheidet über Eintragungen, Nachführungen und Streichungen im Register der vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren, sie wacht darüber, dass die Mediatorinnen und Mediatoren ihre Tätigkeit gemäss ihrem Eid oder ihrem feierlichen Versprechen ausüben, sie übt die Disziplinalgewalt aus und erlässt die notwendigen Weisungen.

Im Jahr 2015 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen vier Eintragungen ins Register vorgenommen sowie eine Eintragung gestrichen.

6.1.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken	2015	2014
Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess)		
Anzahl betroffene Minderjährige: Täter und Opfer	85	111
Anzahl betroffene junge Erwachsene	10	4
Anzahl betroffene Geschädigte / betroffene Opfer	116	73
In 61 Fällen war nur ein einziger jugendlicher Täter		
In 13 Fällen waren zwei jugendliche Täter		
In 14 Fällen waren 3 oder mehr jugendliche Täter (bis 6)		
Aufteilung nach Geschlecht		
Jungen	59	94
Mädchen	26	17
Aufteilung nach Sprache		
Französisch	66	83
Deutsch	19	28
Herkunft		
Stadt Freiburg	5	10
Saane-Land	23	22
Greizer	15	32
Broye	12	10
Glâne	5	2
Vivisbach	3	4
Sense	12	21
See	8	8
Andere Kantone	2	2
Andere Länder	–	–
Ausgang der Verfahren		
Abschluss einer Mediationsvereinbarung	56	65
Erfolglose Mediationsverfahren	16	13
Entscheide betreffend Rückzug Anzeige	3	6
Am 31. Dezember 2015 hängige Verfahren	47	34

6.1.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen

Die Hauptaufgabe besteht in der Aufsicht über die Stiftungen, der jährlichen Kontrolle des Tätigkeitsberichts und der Rechnung, der Genehmigung von Statutenänderungen, der Prüfung von Reglementen, sowie der Auflösung, der Liquidation und der Löschung von Stiftungen.

Am 31. Dezember 2015 hat der Kanton über 265 klassische Stiftungen mit einer Bilanzsumme (per 31. Dezember 2014) von gegen 1104 Millionen Franken die Aufsicht ausgeübt.

Die Aufsichtsbehörde hat neun neu errichtete Stiftungen mit Entscheid ihrer Aufsicht unterstellt. Vier Stiftungen wurden aufgelöst und gelöscht.

Bei 17 Stiftungen wurden Statutenänderungen genehmigt. Dasselbe gibt für die Reglemente von fünf Stiftungen.

7 Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse

Amtsvorsteher: Xavier Orsini

7.1 Straf- und Massnahmenvollzug

In der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug sind 17 Personen (11.05 EPT) angestellt. Zudem bildet die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug 2 Lernende und 2 Praktikantinnen/Praktikanten aus.

Die Tätigkeiten des Amts stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937;
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007;
- > Verordnung vom 19. September 2006 zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen;
- > Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB);
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug;
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen);
- > Entscheide der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden;
- > Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006.

Das ASMSG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges entscheidet das Amt über die Ausgangsbewilligungen (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem die in den Konkordatsbestimmungen vorgesehenen Entscheide sowie die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefangenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Begleitmassnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMSG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo an Stelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe wirksam wird. Zudem stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

7.1.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

7.1.1.1 Anzahl eingegangener Urteile

Im Jahr 2015 wurden dem ASMSG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 450 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, davon sind:

- > 348 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten;
- > 63 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr;
- > 39 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr.

7.1.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

- > Es wurden 188 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.
- > 55 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefangenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts, am Samstag und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
- > 4 Personen haben von der Möglichkeit, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen, Gebrauch gemacht.
- > 60 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz oder Aufenthalt hatten. Darüber hinaus hat das ASMVG 27 Urteile von anderen Kantonen erhalten, damit eine Strafe gleichzeitig mit einer von einer Freiburger Justizbehörde ausgesprochenen längeren Strafe vollzogen werden konnte.
- > Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, gemeinnützige Arbeit, Ersatzfreiheitsstrafen) 1430
- > Unterbruch des Vollzugs 0
- > **Anzahl RIPOL-Verhaftungsausschreibungen** 346
- > Vollzugsmandate an die Polizei 22
- > Transportaufträge 167
- > Anfragen zur Einweisung (zwecks Vollzugs oder vorzeitigen Vollzugs der Freiheitsstrafe) 138

7.1.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Anstalten von Bellechasse, Sugiez / FR	28 171	220
Anstalten von der Plaine de l'Orbe / VD	3149	11
Anstalten von Bellevue, Gorgier / NE	1671	11
Gefängnis La Tuilière, Lonay / VD	485	7
Anstalten von Witzwil / BE	326	5
Anstalten von Hindelbank BE	781	4
Anstalten von Thorberg / BE	365	1
Anstalten von Lenzburg / AG	815	4
Anstalten von Pöschwies / ZH	730	2
Gefängnis La Croisée, Orbe / VD	338	5
Gefängnis von Champ-Dollon, Puplinge / VD	354	15
Le VAM, Fribourg, Bulle, Düdingen	64	10
Ritec, Düdingen	51	7
Inselspital Bern (Bewachungsstation)	69	5
Diverse ausserkantonale Kurzstrafen	2372	151
Stiftung Bartimée, Grandson / VD	1144	6
Le Tremplin «Foyer Horizon», Freiburg	61	1
Stiftung Le Torry, Freiburg	305	1
Heim St. Louis, Freiburg	616	2
Heim Le Radeau, Orsonnens	654	3
Heim Le Levant, Lausanne / VD	612	4
Stiftung Saphir, Corcelles / VD	370	1
Syphon, Brugg	14	1
Curabilis, Puplinge / VD	719	8
Erziehungszentrum in Pramont / VS	137	1
EMS Sylvabelle SA, Provence / VD	39	1

Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Stiftung Terra Vecchia, Schüpfen / BE	1272	4
Heim Villa Flora, Sierre / VS	304	1
Heim Les Oliviers, Mont-sur-Lausanne / VD	69	1
CAAD, Saxon / VS	396	1
Akzent Prävention, Schachen / LU	92	1
Total	46 545	495

7.1.1.4 Anzahl strafrechtlicher Massnahmen

109 Personen haben 2015 eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind:

- > 20 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB;
- > 14 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB;
- > 3 Personen im stationären Vollzug einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB;
- > 81 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 3 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Diese Personen wurden gemäss der Tabelle 7.1.1.3 platziert.

Das ASMSG hat 23 Behandlungsverfügungen erlassen, 8 Aufhebungsverfügungen, 26 Ablehnungen der Aufhebung einer Massnahme, 2 bedingte Entlassungen aus dem Massnahmenvollzug, 12 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus dem Massnahmenvollzug, 2 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus der Verwahrung, 5 Verlängerungen des Massnahmenvollzugs beantragt und 0 Unterbrechungen von Massnahmen ausgesprochen.

7.1.1.5 Arbeitsexternat

14 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternats bewilligt. Vollzugsanstalten:

Anstalt	Vollzugstage	Insassen
Maison de détention «Les Falaises»	1263	11
Maison Montfleury / GE	255	1
Maison Le Vallon / GE	400	1
Villa Flora / VS	293	1
Total	2211	14

7.1.1.6 Arbeits- und Wohnexternat

4 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeits- und Wohnexternats bewilligt.

7.1.1.7 Bedingte Entlassung aus Sanktionen und Aufhebung von Massnahmen

In Anwendung der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen ist das ASMSG für die Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug zuständig (falls die Strafdauer mehr als 2 Jahre beträgt, muss das ASMSG die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit berücksichtigen).

Ebenfalls ist das ASMSG zuständig, alle Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus und/oder die Aufhebung einer ambulanten Massnahme, einer stationären therapeutischen Massnahme oder einer Verwahrung zu treffen. In gewissen Fällen ist das ASMSG verpflichtet die beratende Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit um eine Stellungnahme zu ersuchen.

Folgende Entscheide wurden erlassen:

Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	43
Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	10

Ablehnung der bedingten Entlassung	46
Verlängerung der Probezeit	2
Gutheissung der Aufhebung einer Massnahme	8
Ablehnung der Aufhebung einer Massnahme	26
Gutheissung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	2
Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	12
Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Verwahrung	2
Verlängerung der Massnahme	5
Unterbruch der Massnahme	0
Total	156

7.1.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen werden in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt.

Der untenstehenden Tabelle kann die Anzahl der Ersatzfreiheitsstrafen sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden entnommen werden:

Behörde	Ausgesprochene Ersatzfreiheitsstrafen	Einkassierte Beträge
Staatsanwaltschaft	3390	1 046 361.79
Oberämter	2233	291 231.35
Andere Kantone	73	8630.00
Gerichte	43	18 161.80
Stadt Freiburg	1173	71 770.65
Gemeinde Plaffeien	6	347.50

Insgesamt hat das ASMVG 6 918 Ersatzfreiheitsstrafen erhalten und einen Gesamtbetrag von 1 436 503.09 Franken einkassiert.

613 Ersatzfreiheitsstrafen betreffend 225 Personen wurden zwecks des Strafvollzugs im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 27 Ersatzfreiheitsstrafen an den Sektor gemeinnützige Arbeit zwecks Vollzugs in der Form der gemeinnützigen Arbeit überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen:

Anzahl Mandate an die Polizei	3583
Anzahl RIPOL-Verhaftungsausschreibungen	2145
Anzahl Delegationen an andere Kantone	1987
Anzahl Abzahlungsbewilligungen	532
Anzahl Vorladungen	88

7.1.3 Gemeinnützige Arbeit (GA)

Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse sowie das Amt für Bewährungshilfe sind beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die Administrativmassnahmen in Anwendung des Artikels 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2015 wurden von den zuständigen Strafbehörden 413 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 79 Verurteilungen zu GA erhalten, welche es zu vollziehen gilt, da die betroffenen Personen Wohnsitz oder Aufenthalt im Kanton Freiburg hatten.

Das ASVMG hat 2015 insgesamt 424 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 117 Fällen wurde, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, das rechtliche Gehör gewährt. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 110 Vollzugsberichte an die Strafbehörde adressiert.

120 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz oder Aufenthalt hatten.

7.1.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahr 2015 zwei Begnadigungsgesuche zu behandeln.

7.1.5 Untersuchungshaftplatzsuche

Anzahl gesuchter Plätze	52
Anzahl gefundener Plätze	52
Anzahl getätigter Telefonanrufe	385
Anzahl aufgewendeter Suchstunden	45

7.1.6 Strafregister

Im Jahr 2015 hat das ASVMG (Koordinationsstelle Strafregister des Kantons Freiburg, nachstehend KOST) 5046 Urteile registriert. Zudem wurden von den kantonalen Justizbehörden wie auch vom KOST Freiburg 17 208 Auszüge ausgehändigt.

7.2 Gefängnisse

Das Zentralgefängnis beschäftigt 36 Mitarbeiter, einen Praktikanten und eine Lernende.

Das Gefängnis von Romont wurde im Jahr 2015 nicht belegt.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung;
- > Verurteilte bis zu ihrer Verlegung in eine Strafanstalt;
- > Gefangene, die von einer Anstalt in eine andere verlegt werden;
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefangenschaft verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternats (am Ende einer langen Strafe) verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüssen;
- > Personen, die aufgrund der Jugendstraferichtbarkeit zurückbehalten werden;
- > Insassen, die aufgrund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind
- > Insassen in Militärhaft.

7.2.1 Eintritte 2015

	Schweizer/innen	Ausländer/innen
Männer – Zentralgefängnis	122	403
Frauen – Zentralgefängnis	0	0
Weibliche Minderjährige – Zentralgefängnis	0	0
Männliche Minderjährige – Zentralgefängnis	0	0
Männer – Anstalt «Les Falaises»	22	23
Frauen – Anstalt «Les Falaises»	1	1
Total	145	427

7.2.2 Vollzugstage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
Zentralgefängnis	3547	0	14 956	0	18 503
Gefängnis von Romont	0	0	0	0	0
Minderjährige					
Zentralgefängnis	0	0	0	0	0
Geschlossener Strafvollzug					
Zentralgefängnis	2266	0	2014	0	4280
Tageweiser Strafvollzug					
Zentralgefängnis	9	0	5	0	14
Halbgefangenschaft					
Anstalt «Les Falaises»	1923	10	1596	0	3529
Arbeitsexternat					
Anstalt «Les Falaises»	598	0	483	182	1263
Zwangsmassnahmen	0	0	896	1	897
Militärhaft – Zentralgefängnis	5	0	0	0	5
Total	8348	10	19 950	183	28 491

7.2.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis und in der Anstalt «Les Falaises» werden die Mahlzeiten während sieben Tagen pro Woche von zwei professionellen Köchen, unterstützt von zwei Insassen, zubereitet. Im Jahr 2015 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

7.2.4 Räumlichkeiten

7.2.4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 4 verschiedene Sektoren

	Plätze
Untersuchungshaft Männer	58
Minderjährige	2
Geschlossener Strafvollzug Männer	15
Zwangsmassnahmenvollzug Männer	4
Total verfügbare Plätze	79

7.2.4.2 Das Gebäude der Anstalt «Les Falaises» verfügt über 2 Sektoren

Erleichterter Strafvollzug Männer (Arbeitsexternat und Halbgefangenschaft)

Erleichterter Strafvollzug Frauen (Arbeitsexternat und Halbgefangenschaft)

Total verfügbare Plätze 20

7.2.4.3 Das Gefängnis Romont

Untersuchungshaft Männer 5

7.2.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet, werden aber innerhalb der Anstalt beschäftigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnten die Insassen im Jahr 2015 in der Küche, im Gebäudeunterhalt, in der Reinigung, im Atelier und in der Wäscherei beschäftigt werden. Die insgesamt 25 498 geleisteten Arbeitsstunden wurden mit 76 492 Franken vergütet.

7.2.6 Insassenbetreuung

Zwei Sozialarbeiterinnen teilen sich ein 40 %-Pensum im Sozialdienst des Zentralgefängnisses. Der Sozialdienst ist an vier Halbtagen präsent und zwar zugunsten der Insassinnen und Insassen in den Sektoren Strafvollzug. Der Sozialdienst kommt des Weiteren den Insassen im Arbeitsexternat in der offenen Anstalt «Les Falaises» zu Gute. 2015 hat der Sozialdienst mit insgesamt 778 Personen Gespräche geführt.

Der Sozialdienst erarbeitet zudem die Strafvollzugspläne für Personen in Halbgefangenschaft der offenen Abteilung «Les Falaises» deren Strafe mehr als 6 Monate dauert.

Für Insassen in Untersuchungshaft wird der Sozialdienst in den Gefängnissen von den Mitarbeitern des Amtes für Bewährungshilfe sichergestellt. Sie sind vier Nachmittage pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. Bei einer Belegung des Bezirksgefängnisses Romont besuchen die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe dieses einmal wöchentlich. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann, und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben.

Ziel der Sozialarbeit ist es, dass die Insassinnen und Insassen einen Gesprächspartner haben, Unterstützung finden, bei diversen administrativen Schritten begleitet werden und den Kontakt zu verschiedenen Personen (Familie, Behörden, Anwälte, Anstalten, Arbeitgeber und andere Dienste) pflegen können.

Auch haben einige Freiwillige besonders jene Gefangenen besucht, die keine Familie haben oder keinen Kontakt mehr zu dieser pflegen. Mit dem Ziel, die Eltern-Kind-Beziehung während des Strafvollzugs möglichst aufrechtzuerhalten, organisiert das Amt für Bewährungshilfe in Zusammenarbeit mit der Gefängnisleitung regelmässig Kinderbesuche. Insassen die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Staatsanwalts jeden Samstag Besuch empfangen. Insassen im ordentlichen Strafvollzug können ebenfalls jeden Sonntag von ihren Angehörigen besucht werden.

Im Eintrittsverfahren sorgt das Dienstpersonal dafür, dass ein Eintrittsgespräch stattfindet. Während des Jahres 2015 wurden insgesamt 548 Eintrittsgespräche geführt. Insassen können jederzeit ein persönliches Gespräch mit der Anstaltsdirektion beantragen.

Der Amtsvorsteher steht den Insassen auf Anfrage für eine Sprechstunde zur Verfügung.

Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von vier Ärzten, einer Psychiaterin, zwei Psychologinnen sowie einer Krankenschwester mit 70 %-Pensum, einer Krankenschwester mit 30 %-Pensum, einem Krankenpfleger mit 50 %-Pensum und einer Aushilfskrankenschwester mit einem 50 %-Pensum sichergestellt. Sie kümmern sich um eine fachgerechte medizinische Versorgung, organisieren medizinische Sprechstunden, verteilen die Medikamente an die Gefangenen und koordinieren die anstaltsinterne mit der anstaltsexternen medizinischen Versorgung.

Die Ärzte des Gefängnisses haben 2015 469 Gefangene versorgt. 1729 Gefangene haben den Krankenpflegedienst beansprucht. Mehrere Insassen mussten zu allgemeinen Untersuchungen, Behandlungen oder Eingriffen in ein Krankenhaus überführt werden.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit hat 451 Gefangene wegen psychischer Probleme beraten und 90 Gefangene psychologisch behandelt.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern (katholisch und reformiert) und einem Imam sichergestellt. Zudem wird den Insassen bei Bedarf eine beschränkte materielle Hilfe zugesichert.

7.2.7 Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis und im Gefängnis Romont

	2014	2015
Anzahl Eintritte	613	572

	2014	2015
Eintrittsgespräche	542	548
Sprechstunden durch Krankenpflegedienst	784	1729
Sprechstunden durch Ärzte	469	378
Sprechstunden durch Psychiater	310	451
Sprechstunden durch Psychologen	109	90
Notfallmässige Behandlungen	52	27
Anhörungen durch Mitarbeiter des ASMSG	763	778
Geleistete Arbeitsstunden welche mit 3 Fr./Std. entlohnt wurden	26 632	25 498
Sport (60 Minuten)	405	416
Spaziergänge (60 Minuten)	1120	1456
Familienbesuche	826	934
Anhörungen durch das Amt für Bevölkerung und Migration	14	5
Anhörungen durch das Rote Kreuz	58	37
Gespräche mit geistlichen Betreuern	148	75
Disziplinarsanktionen	25	15

8 Amt für Bewährungshilfe (BHA)

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

8.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit des Amts stützt sich insbesondere auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937;
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007;
- > Verordnung vom 6. Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV);
- > Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen;
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen);
- > Entscheide der westschweizerischen Konferenz der für das Gefängniswesen zuständigen kantonalen Behörden.

Die Tätigkeit des Amts basiert ebenfalls auf dem von der Schweizer Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Bewährungshilfen erarbeiteten Leitbild «Grundlagen und Hauptaufgaben der Bewährungshilfe in der Schweiz» und der Empfehlung CM/Rec(2010)1 über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats und der Empfehlung R (92) 16 zu den Europäischen Grundsätzen betreffend die Grundsätze der angewandten Sanktionen und Massnahmen in der Gemeinschaft .

8.1.1 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung garantiert die physische und elektronische Erfassung der Dossiers und hat 505 Dossiers der Abteilung Bewährungshilfe und 650 Dossiers der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen geführt, was einer Abnahme von 25 %, respektive einer Steigerung von 10 % der gesamten Dossiers für das Jahr 2015 entspricht.

Die vom Amt geleistete finanzielle Unterstützung teilt sich folgendermassen auf:

Finanzielle Leistungen

Leistungen	2011	2012	2013	2014	2015
Unterstützung von inhaftierten Personen	2983	2416	1905	2631	2285
Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen	33 377	31 599	13 757	27 473	59 178
Berufliche Wiedereingliederung	1045	9301	8180	8409	4999
Psychotherapeutische Behandlungen	10 574	18 510	8077	29 911	31 358
Drogen- und Alkoholtests	15 030	22 252	23 330	33 745	14 476
Wohnungen	6490	7865	15 453	16 806	2461
GA-Spezialprogramme			2132	2378	5235
Total	68 454	91 943	72 834	121 353	119 992

Der unter «Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen» erwähnte Betrag ist im Jahr 2015 erheblich gestiegen. Die Leistungen wurden in Form von Kursbeteiligungen, Transport- und Lebensmittelgutscheinen sowie Beteiligungen an Gesundheitskosten oder an verschiedenen Aktivitäten (Sport, Kultur usw.) ausgezahlt.

Die Kosten für die psychotherapeutischen Behandlungen haben sich leicht erhöht, während die Anzahl Drogen- und Alkoholtests deutlich zurückgegangen ist und die Kosten somit um die Hälfte auf 14 476 Franken reduziert werden konnten. Der Betrag der GA-Spezialprogramme deckt fast ausschliesslich die Kosten für das von der Stiftung RoadCross Westschweiz angebotene Sensibilisierungs- und Präventionsprogramm im Strassenverkehr.

Der Belegungsgrad, der vom Amt untervermieteten Wohnungen an aus dem Strafvollzug entlassene Personen, beträgt 100 %. Der Betrag von 2461 Franken wurde für den Unterhalt dieser Wohnungen ausgegeben. Das Möbellager entspricht weiterhin einem grossen Bedürfnis. Zurzeit haben 19 Personen, die sich hauptsächlich im Freiheitsentzug oder in stationärer Behandlung befinden, ihre Habseligkeiten dort deponiert.

8.1.2 Abteilung Bewährungshilfe

In diesem Bereich, wie in allen Bewährungshilfen, besteht die grösste Herausforderung in der Einschätzung der Situationen. Die Bemühungen zur Weiterbildung der Mitarbeiter wurden im Jahre 2015 weitergeführt. Der seit 2011 im Amt eingeführte PAGRED-Prozess konnte bei 78 % der Dossiers angewendet werden. Es lässt sich sagen, dass 25 % der begleiteten Personen eine erhöhte Wachsamkeit erfordern. Der PAGRED-Prozess ist auch Thema einer Harmonisierung zwischen den Bewährungshilfen der lateinischen Schweiz.

Mandate der Abteilung Bewährungshilfe per 31.12.2015

Mandate	Auftraggeber	2011	2012	2013	2014	2015
Bewährungshilfe und/oder ambulante oder institutionelle Behandlung	Amt für Straf- und	37	44	44	64	56
Bewährungshilfe und/oder Weisungen bei bedingter Entlassung (Art. 87.2 StGB)	Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)	35	34	33	34	31
Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat (Art. 77a StGB)	2015: 94 Mandate / 46 %	9	8	8	6	7
Bewährungshilfe und/oder Weisungen im Rahmen einer bedingten oder einer teilbedingten Verurteilung (Art. 44.2 StGB)	Zwangsmassnahmengericht, Straf- und Bezirksgerichte, Staatsanwaltschaft	91	94	90	86	90
Ersatzmassnahmen (Art. 237 SStPO)	2015: 110 Mandate / 54 %	17	21	25	21	20
Mandate		189	201	198	211	204

Die Zahl der Bewährungshilfe-Mandate ist seit mehreren Jahren stabil. Der einzige Unterschied zu den Vorjahren besteht im Auftraggeber. Wir verzeichnen einen leichten Anstieg der Mandate, die wir vom Straf- und Massnahmengericht, von den Bezirksstrafgerichten und der Staatsanwaltschaft erhalten, sowie eine geringe Abnahme der bedingten Entlassungen mit Mandat der Bewährungshilfe. Dies bedeutet im Klartext einen proportional leichten

Anstieg der Anzahl Personen, die aus der Untersuchungshaft entlassen oder zu einer bedingten Strafe mit Mandat der Bewährungshilfe verurteilt wurden. Diese Tendenz ist auch in den Nachbarkantonen zu beobachten.

Was die Untersuchungshaft und die Begleitung der Häftlinge im Zentralgefängnis betrifft, sind die Gespräche und Einsätze gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Untersuchungshaft vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

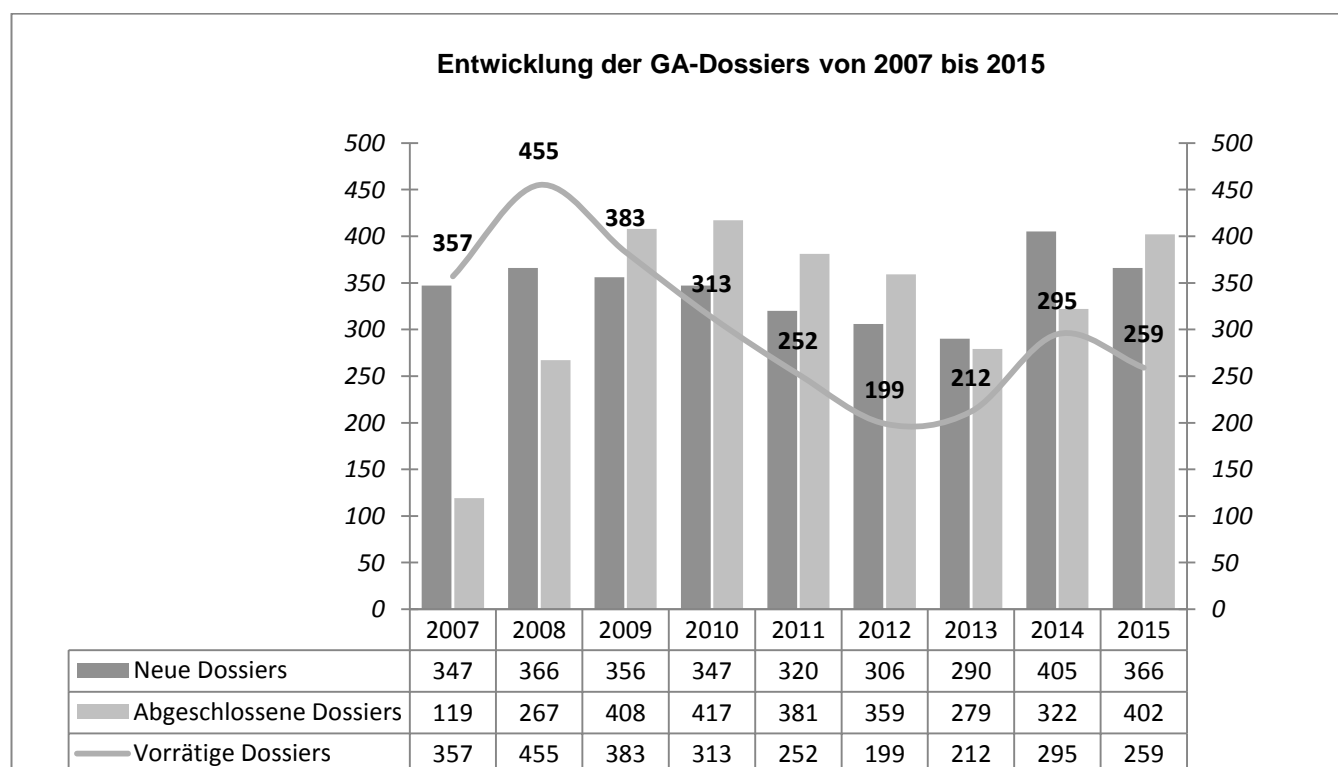
	2011	2012	2013	2014	2015
Anzahl der besuchten Personen	156	269	258	243	202
Anzahl Gespräche	883	1085	1210	1138	1120

8.1.3 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen hat den Auftrag, Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit (GA) umzusetzen und zu begleiten. Die GA ist eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit dem Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine GA von vier Stunden entspricht dabei einem Tag Freiheitsentzug. Die Strafe wird zugunsten von Begünstigten, Pflegeheimen, kommunalen und kantonalen Verwaltungen, Forstbetrieben, gemeinnützigen Organisationen, Spitalnetzen usw. geleistet.

Die gemeinnützige Arbeit ist bei den Gerichtsbehörden sehr beliebt. Der Kanton Freiburg steht schweizweit an erster Stelle der ausgesprochenen GA-Strafen.

Im Laufe des Jahres 2015 registrierte die Abteilung einen leichten Rückgang (-10 %) der von den Gerichtsbehörden zugewiesenen GA-Dossiers. Gleichzeitig ist der Abteilung jedoch mit der Bearbeitung von 402 Dossiers mit insgesamt 40 716 Stunden gemeinnütziger Arbeit eine Meisterleistung gelungen.



Verteilung der unerledigten Dossiers nach Status am 31.12.2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Unerledigte Dossiers	79	72	30	76	99	18
Bearbeitete Dossiers	232	180	170	136	196	241
Total	311	252	200	212	295	259

Diese Tabelle zeigt auf, dass sich die Anzahl der nicht vergebenen GA-Dossiers im Laufe des Jahres 2015 drastisch verringert hat. Das Volumen der bearbeiteten Dossiers ist um 20 % gestiegen. Dieser Anstieg, der auf die Verbesserung von internen Prozessen zurückzuführen ist, hat eine Erhöhung der Anzahl gleichzeitig bearbeiteter Dossiers und eine Verkürzung der Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten der Strafe und dem Beginn der Vollstreckung zur Folge.

Ausgeführte Dossiers und Stunden vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Dossiers	417	381	359	279	322	402
Angeordnete Stunden	49 490	55 071	51 162	43 457	47 592	60 872
Ausgeführte Stunden	26 301	30 636	31 322	25 644	28 061	40 716

Im Jahr 2015 wurden von den 60 872 durch die Gerichtsbehörden angeordneten GA-Stunden 40 716 Stunden geleistet, was aufs ganze Jahr und auf alle Begünstigten verteilt 10 179 Tagessätzen oder 22 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) entspricht. Das Amt für Bewährungshilfe verfügt über ein Netz von 207 potentiellen Einsatzorten (Begünstigte), die Personen für die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit beschäftigen (GA-Leistende). Im Jahr 2015 haben 117 Begünstigte GA-Leistende beschäftigt.

Verteilung der abgeschlossenen Dossiers nach Status am 31.12.2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	%
Bearbeitete Dossiers	285	293	283	234	252	314	100 %
Vollständig bearbeitet	239	235	236	193	206	280	89 %
Teilweise bearbeitet	31	39	32	27	22	22	7 %
Umgewandelt	15	19	15	14	24	12	4 %
Nicht bearbeitete Dossiers	132	88	76	45	70	88	100 %
Nicht bearbeitbare Dossiers	59	42	28	15	38	29	33 %
Ohne Antwort auf Vorladungen	73	46	48	30	32	59	67 %
Total	417	381	359	279	322	402	

Die «nicht bearbeitbaren Dossiers» sind Personen, die ihre gemeinnützige Arbeit nicht vollstrecken konnten, weil sie gestorben, langfristig krankgeschrieben oder in ein anderes Land weggezogen sind.

8.1.4 Besondere Vorkommnisse

8.1.4.1 Vereidigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts für Bewährungshilfe wurden am 30. September 2015 von Herrn Staatsratspräsident Erwin Jutzet, Sicherheits- und Justizdirektor, vereidigt. Diese erste Vereidigungsfeier fand in einem schlichten, aber für diesen Anlass würdigen Rahmen statt. Sie hatte zum Ziel, die tägliche Arbeit des Amts für Bewährungshilfe zu konsolidieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deren Pflichten zu stärken. Dies, damit sie die ihnen auferlegten Aufträge getreu ausführen und das Vertrauen erlangen können, um auch weiterhin kompetente und verantwortungsvolle Akteure in der Strafverfolgungskette zu sein.

8.1.4.2 Das Amt für Bewährungshilfe als Praktikums- und Ausbildungsstätte

Im Bereich Ausbildung haben die kantonalen Ämter eine Verantwortung zu übernehmen und eine wichtige Rolle zu spielen. Aus diesem Grund entspricht das Amt für Bewährungshilfe den Anfragen der Fachhochschulen oder Universitäten, um vorwiegend den Studentinnen und Studenten der Studiengänge Sozialarbeit, Psychologie und Kriminologie die Möglichkeit zu geben, ihre erworbenen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen. Bereits 2005 hat das Amt für Bewährungshilfe ein Übereinkommen zur Zusammenarbeit mit den Westschweizer Fachhochschulen

unterzeichnet. Das Amt hat ein Ausbildungskonzept erarbeitet, welches den organisatorischen und pädagogischen Rahmen für Studierende festlegt. Im 2015 haben zwei Praktikantinnen der Fachhochschulen Freiburg und Bern jeweils ein sechsmonatiges Praktikum absolviert. Ausserdem wurden zwei Praktikantinnen während ihres Bachelorstudiums Psychologie an der Universität Freiburg jeweils für zwei Monate und eine arbeitssuchende Person im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms (PvB) im Amt beschäftigt.

8.1.4.3 Empfang einer italienischen Delegation

Am 10. September 2015 hat das Amt eine italienische Delegation von einem Dutzend Personen empfangen. Diese bestand aus Kaderleuten von Gefängnissen und Ämtern des Straf- und Massnahmenvollzugs, welche kurz vor dem Masterabschluss standen. Dieser Besuch, organisiert vom Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ), hatte vor allem unsere Begleitung während der Bewährungszeit sowie die gemeinnützige Arbeit zum Inhalt. Die halbtägige Begegnung ermöglichte unseren Gästen einen Einblick in unsere Arbeit und einen konstruktiven Austausch.

8.1.4.4 Rekordjahr im Bereich der gemeinnützigen Arbeit (GA)

Nachdem das Jahr 2014 geprägt war von der grössten Anzahl neu eingegangener Dossiers, hat die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen nun einen neuen Rekord erzielt, dies in Form der Anzahl geleisteter GA-Stunden innerhalb eines Kalenderjahres. Total wurden 40 716 Stunden erbracht, was einer Zunahme um 45 % gegenüber den letzten sechs Jahren entspricht. Das heisst, dass 22 Personen ein Jahr lang 100 % Gratisarbeit in öffentlichen oder gemeinnützigen Institutionen geleistet haben. Parallel dazu wurde die Bearbeitungszeit der Dossiers wesentlich verkürzt, was zu einer Beschleunigung des Strafverfahrens beitrug. Diese Resultate konsolidieren die Spitzenposition des Kantons Freiburg in Sachen GA. Die Informationssammlung der Abteilung erlaubte die Veröffentlichung von drei «Newslettern», welche an die strafrechtlichen, administrativen und sozialen Partner sowie an die Begünstigten versandt wurden. Diese Mitteilungen haben ebenfalls das Interesse der Medien geweckt, welche einen Zeitungsartikel (La Liberté vom 17. November 2015) sowie eine Radiosendung (SRF 1, Regionaljournal Bern-Freiburg-Wallis vom 7. Dezember 2015) veröffentlicht haben. Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen hat in ihren Büroräumlichkeiten ausserdem sechzig wegen Verstosses gegen das SVG verurteilte Personen empfangen, die an vier Veranstaltungen zur «Sensibilisierung und Prävention im Strassenverkehr» von der Stiftung RoadCross Westschweiz teilgenommen haben.

9 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Direktor: Marc Rossier

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 86,8 Vollzeiteinheiten und erwirtschaftet einen Betriebsertrag von über 19 Millionen Franken.

Das ASS ist für die Verkehrszulassung von Fahrzeugführern, Fahrzeugen und Schiffen verantwortlich, damit diese sämtlichen Sicherheitsgarantien des Strassen- und Schifffahrtsverkehrs entsprechen. Der Kanton Freiburg zählt mehr als 230 000 Fahrzeugführer und mehr als 250 000 Fahrzeuge. Das ASS erhebt im Auftrag des Kantons die Fahrzeug- und Schiffsteuer (über 104 Millionen Franken) und ahndet ebenfalls Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die diesbezüglichen Massnahmen werden von der Kommission für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (KAM) ausgesprochen.

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines gesonderten Berichtes, welcher beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter www.ocn.ch heruntergeladen werden kann.

10 Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)

Direktor: Jean-Claude Cornu

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als autonome öffentliche Einrichtung (juristische Person des öffentlichen Rechts) den Auftrag, sämtliche Gebäude zu versichern, die auf Kantonsgebiet liegen, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität nahezu 118 000 Gebäude für einen Versicherungswert von 84,7 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von ungefähr 15 Millionen Franken; das heisst, über einen Drittel der eingezogenen Prämien. Im Jahr 2015 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 20 Millionen Franken entschädigen.

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV sind Gegenstand eines gesonderten Berichts. Dieser Jahresbericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter www.ecab.ch heruntergeladen werden.

11 Anstalten von Bellechasse (AB)

Direktor: Franz Walter

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nehmen die AB Insassen auf für den Vollzug von Urteilen in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorglichen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 203 Plätzen.

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines gesonderten Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

12 Personalbestand

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2015 VZÄ	Rechnung 2014 VZÄ	Differenz VZÄ
Behörden – Direktionen / Finanzstellen	905.39	898.89	6.50
Zentralverwaltung	772.14	765.82	6.32
3300 / JPMS Generalsekretariat	9.26	8.96	0.30
3305 / JUST Amt für Justiz	7.13	7.01	0.12

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2015 VZÄ	Rechnung 2014 VZÄ	Differenz VZÄ
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3.70	3.63	0.07
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	39.45	40.65	-1.20
3345 / POLI Kantonspolizei	636.71	630.84	5.87
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	39.65	37.96	1.69
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	7.34	7.37	-0.03
3375 / MILI Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	15.63	16.63	-1.00
3385 / PROT Zivilschutz	13.27	12.77	0.50
Besondere Sektoren, sonstige Anstalten	133.25	133.07	0.18
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	131.55	131.09	0.46
3382 / LACN Lager Schwarzsee	1.70	1.98	-0.28
Gerichtsbehörden	296.06	293.19	2.87
Zentralverwaltung	296.06	293.19	2.87
2100 / TCAN Kantonsgericht	41.37	40.98	0.39
2105 / TARR Bezirksgerichte	80.16	79.68	0.48
2111 / MINP Staatsanwaltschaft	54.58	54.79	-0.21
2112 / TMCÖ Zwangsmassnahmengericht	2.16	2.00	0.16
2115 / CPMI Jugendgericht	10.29	10.33	-0.04
2120 / JUPA Friedensgerichte	37.62	34.91	2.71
2125 / OPOU Betreibungsämter	56.88	57.79	-0.91
2130 / OFAI Kantonales Konkursamt	11.65	11.41	0.24
2900 / CMAG Justizrat	1.35	1.30	0.05